

Rüstungsstandort Bremen:

**„Erlebnisland“
als Lieferant der
Zutaten für Kriege**





Hartmut Drewes, Prof. Dr. Wolfram Elsner,
Joachim Fischer, Lühr Henken, Andrea Kolling
Ekkehard Lentz, Manfred Osthaus,
Wieland von Hodenberg, Prof. Dr. Jörg Wollenberg

Rüstungsstandort Bremen: „Erlebnisland“ als Lieferant der Zutaten für Kriege

Herausgegeben von:
Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung
Bremer Friedensforum
Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
(DFG-VK) Bremen
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen

Editorial 5

Geschichte der Bremer Rüstungsbetriebe 7

Die Bundeswehr wird fit gemacht mit Technik aus Bremen 19

Rüstungsatlas Bremen 20

Mit neuen Kriegsschiffen ganz groß im Geschäft 35

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft verschifft alles..... 43

Er kommt nicht hoch - A400 M vor dem Aus? 45

Zivil-militärische Zusammenarbeit am Beispiel
Rotes-Kreuz-Krankenhaus 51

Bremer Raumfahrtindustrie und Flüchtlingsabwehr
für die EU (Bremer Bündnis gegen Frontex) 55

Militär und Rüstung werden durch die Gesellschaft für
Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. ideologisch unterstützt 61

Rüstungskonversion heute 63

Wer ist die Stiftung..... 82

Bildnachweise 85

Kriege und militärische Einsätze lösen keine politischen Probleme, sondern fordern stattdessen zahllose zivile Opfer. Das Geld für Rüstungszwecke fehlt dringend bei Sozialem, Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und Kultur.

mit Zulieferungen aus Bremen sind weltweit stark nachgefragt.

Auch nach fast zwanzig Jahren Ende des Kalten Krieges gehört Bremen zu den bedeutenden Rüstungszentren in Deutschland.

Kein Krieg in der so genannten Dritten Welt kann und wird ohne Waffen aus den Industriestaaten geführt. Der jüngste Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) enthüllt, dass der steigende Waffenhandel die Welt zunehmend unsicherer macht. Die Verantwortung dafür liegt insbesondere bei den großen Rüstungsexporteur USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die zusammen 78 Prozent des weltweiten Waffentransfers bestreiten.



Mit der Förderung von Rüstungsproduktion leistet Bremen einen wichtigen Beitrag zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Deutschland hat den Export von Großwaffen von 2004 bis 2008 um 70 Prozent gegenüber dem Jahrfünft von 1999 bis 2003 gesteigert. Damit belegt Deutschland als größter Waffenexporteur der EU nach den USA (Weltmarktanteil 31 Prozent) und Russland (21 Prozent) mit zehn Prozent den dritten Rang in der Welt. Insbesondere die deutschen U-Boote

Die Herausgabe der vorliegenden Publikation schließt an die vor sechs Jahren veröffentlichte Broschüre „Rüstungsstandort Bremen“ zum gleichen Thema an.

Jörg Wollenberg weist in seinem Beitrag „Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmied blieben“ auf die Kontinuität der

Rüstungsproduktion in Bremen hin. Lühr Henken stellt die drei Betriebe der Bremer Rüstungsindustrie „Atlas Elektronik“, „Rheinmetall Defence“ und „OHB“ in Zusammenhang mit den aktuellen Bundeswehrplanungen. Der Konzern „Atlas Elektronik“ in deutscher Hand schafft die Voraussetzung für einen von Deutschland geführten europäischen Kriegsschiff-Werftenverbund. Und die Firma „Rheinmetall Defence“ kann seiner Meinung nach als „Rüstungskrake“ bezeichnet werden. Die Firma OHB ist im Satellitenbau für militärische Zwecke engagiert.

Das „Bremer Bündnis gegen die europäische Grenzschutzagentur Frontex“ thematisiert die von Bremer Raumfahrtfirmen entwickelte Überwachungstechnik, die direkt für die Erfordernisse der Grenzsicherung entworfen und in dem Krieg gegen Flüchtlinge eingesetzt werden. Wieland von Hodenberg setzt sich in seinen Beiträgen mit den Fregatten- und Korvetten-Geschäften der Lürsen-Werft und dem Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und dem Bremer Rotes Kreuz Krankenhaus auseinander. Joachim Fischer „würdigt“ mit dem Umschlag von Rüstungsgütern einen Tätigkeitsbereich der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), der in offiziellen Verlaut-

barungen des Unternehmens nicht auftaucht. Über den neuen europäischen Militärtransporter von Airbus (A 400 M), von der großen Hoffnung der Militärs zum Dauerkrisefall für Staat und EADS, schreibt Andrea Kolling und wünscht sich eine „Ausstiegsdebatte“ für das Wahnsinnprojekt.

Der langjährige Bremer Konversionsbeauftragte, Prof. Dr. Wolfram Elsner, reflektiert bei der Frage nach den heutigen Chancen und Möglichkeiten von Rüstungskonversion die wenigen positiven jüngeren historischen Erfahrungen, die dazu gemacht wurden. Die internationale Konferenz „Conversion2001“ in Bremen zum Thema „Abrüstung, Rüstungsproduktion und Konversion in den Regionen“ forderte verstärkte Initiativen für eine präventive Strategie der Konfliktvermeidung und des gewaltfreien Konfliktmanagements sowie eine intelligente Koppelung von Abrüstung mit Konversionsprogrammen. Erfolgreiche Konversion ist möglich, das zeigen die Erfahrungen der 90er Jahre. Das Bremer Rüstungskonversionsprogramm wurde jedoch 2001 eingestellt und der Senat vollzog stattdessen eine scharfe Kehrtwende: Künftig soll ausgerechnet die Rüstungsindustrie Wachstumsimpulse für Bremen liefern.

Die Herausgeber der Broschüre wenden sich gegen eine Wirtschaftsförderung für rüstungsorientierte Betriebe, gegen verdeckte militärische Grundlagenforschung an der Universität, gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen, auf Ausbildungsmessen und in den Arbeitsagenturen, wo Erwerbslose für eine Karriere im Militärdienst (auch im Auslandseinsatz) gewonnen werden sollen. Stattdessen treten sie dafür ein, dass der Konversionsgedanke erneut Eingang in die betriebliche Produkt- und Organisationsstruktur findet. Es wäre sicherlich auch sinnvoll, wenn es in Bremen wieder einen Senatsbeauftragten für Rüstungskonversion gäbe.

In diesem Jahr feiert die „Breimische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“ ihr 20-jähriges Bestehen und wir hoffen, dass die vorliegende Broschüre einen Beitrag zur Wiederaufnahme der Rüstungskonversion leistet.

Wie hieß es im Vorwort der Broschüre vor sechs Jahren? „Durch Kürzung bei den Wahnsinnssummen für Rüstung könnten Millionen Euro in die soziale Sicherung der Bevölkerung und die Bildung und Ausbildung der Jugend investiert werden. Statt Einsatztruppen sind Entwicklungshelfer, Frie-

densarbeiter und Konfliktmanager in die Welt zu schicken. Wir wollen eine Welt ohne Hunger, des Friedens und der sozialen Sicherheit, in der es Bildung, sinnvolle Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Alterssicherung und Wohnungen für alle gibt. Ohne radikale Abrüstung ist dies nicht zu erreichen. Möge diese Broschüre dazu beitragen und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Gruppen der Friedensbewegung gewinnen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Andrea Kolling
(Vorsitzende Breimische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung)

Ekkehard Lentz
(Bremer Friedensforum, Stiftungsgründer, mit Prof. Dr. Rudolf Hickel und Armin Stolle)

Bremen, im Mai 2009

Das »Blaue Band in der Stempelkarte«

oder: wohin gingen die Arbeiter als der Luxusdampfer »Bremen« im Juli 1929 vom Stapel lief?

Der Norddeutsche Lloyd läutete mit der gleichzeitigen Entlassung von weit über 5000 der insgesamt 12.000 Werftarbeiter der AG-Weser während der zweiten Hälfte des Jahres 1929 die Weltwirtschaftskrise in der Hansestadt ein. Das Fehlen von Anschlußaufträgen veranlaßte auch die übrigen Bremer Werften zu einer Verringerung der Belegschaften, so daß die Anzahl der Beschäftigten in den wichtigsten Bremer Schiffbaubetrieben von März bis Oktober 1929 um 42 % abnahm.

Der damals arbeitslose Karl Grobe faßt in einer Rück Erinnerung die Folgen dieser Politik so zusammen:

»Da ist er, der stolze Luxusdampfer 'Bremen' des Norddeutschen Lloyd. Ein Prachtstück deutscher Schiffbautechnik. Ganz Deutschland ist stolz auf dieses Meisterwerk der Bremer Schiffbauer. Die Presse jubelt. In unzähligen Artikeln wird jedes Detail dieses Ozeanriesen beschrieben. Die Luxuskabinen! Die Salons! Die Swimming-Pools! Welch ein herrliches Werk haben hier die Werftarbeiter geschaffen! — Und wer berichtet der Nachwelt von den schweren Arbeitsbedingungen, vor allem während des eisigen Winters 1928/29? — Auf den Helgen unter freiem Himmel bei minus 20 — 30 Grad wird geschuftet! Wer zählt, wieviel Arbeiter ihr Leben einbüßten, wieviel Verletzungen, wieviel Erfrierungen dieser Riese forderte? — Im Juli 1929 fährt die 'Bremen' die Weser hinunter. Hinaus ins freie Meer. Eine Triumphfahrt, denn gleich auf der ersten Überfahrt nach Nordamerika holt sie sich das 'Blaue Band des Meeres' (Geschwindigkeitsrekord)! Deutsche Tüchtigkeit! Die Presse jubelt! — Und zur gleichen Zeit ziehen tausende Werftarbeiter durch das Werfftor zum Arbeitsamt, um sich das 'blaue Band' in der Stempelkarte zu holen...«

Zusätzlich erfolgten in den mit dem Schiffbau eng verknüpften Betrieben der Metall- und Holzindustrie Massenentlassungen; so reduzierten verschiedene Betriebe des Holzgewerbes ihre Belegschaft um 20 % bis 45 %. Die konjunkturelle Abwärtsbewegung dehnte sich auch auf andere Sektoren aus: die Hansa-Lloyd-Werke verringerten den Bestand ihrer Arbeiter um etwa 45 %, die Lloyd-Dynamo-Werke um etwa 15 % und die Francke-Werke sogar um 60 %. Im Dezember 1929 waren 23 % aller Arbeiter des Stadt- und Landgebietes Bremen arbeitslos.

„Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmied blieben“¹

Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit in Bremen von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit

Schon vor dem 1. Weltkrieg hatte sich Bremen mit dem Aufbau einer eigenen Metallindustrie und der Beteiligung an der verspäteten deutschen Kolonialbewegung zu einem Zentrum der deutschen Waffenproduktion entwickelt. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Abtretung der Handelsflotte an die Siegermächte versetzten nach Kriegsende nicht nur den Rüstungsproduzenten einen empfindlichen Schlag. Nachdem am 4. Februar 1919 der Versuch einer sozialistischen Neuordnung gescheitert war, ermöglichten die nach der kurzen Weimarer Konjunkturperiode mit Dollarkrediten finanzierten Fusions- und Rationalisierungsmaßnahmen wohl eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Bremer Handels und der Industrie. Aber fehlende Rüstungsaufträge und nachlassende Bauaufträge deutscher Reedereien führten schnell zum Abbau der Belegschaften und zum drohenden Ruin größerer Betriebe wie der Deschimag (AG-Weser). Dennoch gelang es,

trotz des Aufrüstungsverbots im profitträchtigen Kriegsschiffbau durch Gründung von Tarnfirmen in diesem Bereich tätig zu bleiben. So gründete zum Beispiel die AG-Weser 1922 zusammen mit anderen deutschen Werften in den Niederlanden ein Konstruktionsbüro für den nach 1918 verbotenen U-Bootbau (Ingenieurskantor voor Scheepsbouw, IvS), das in enger Verbindung zum Reichsmarineamt stand. Die von Ludwig Roselius maßgebend finanzierten Focke-Wulf Flugzeugwerke beteiligten sich ab 1931 an der geheimen Reichswehrfliegerei. Und es ist sicher kein Zufall, dass der für diesen Bereich verantwortliche Konstrukteur Kurt Tank, der spätere Chefkonstrukteur der „Condor“ und des „Würgers“, zur zentralen Figur im Vorstand von Focke-Wulf nach 1933 wurde.

Die Weltwirtschaftskrise traf Bremen besonders intensiv. 1929 kam es erneut zu Massenarbeitslosigkeit und zur Stilllegung von Betrieben.

Karl Grobe, Vorsitzender der Bremer Jungsozialisten und Kritiker der von der SPD tolerierten Politik der Aufrüstung und Notverordnungen der damaligen bürgerlichen Koalitionsregierungen („Kinderspeisung statt Panzer-

kreuzer“), übernahm mit dem oppositionellen Kommunisten Adolf Ehlers ab 1931 den Vorsitz der für Frieden und Abrüstung eintretenden Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Vergeblich forderten sie SPD und KPD zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus auf. Öffentliche Arbeitsbeschaffung und den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ (FAD) lehnten sie gemeinsam mit der KPD als Ausweg aus der Krise ab. Auch die in Bremen vom Senat intensiv geförderten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten nichts daran ändern, dass 1932 die Arbeitslosen die Zahl von über 40.000 im Krisenjahr der Republik von Weimar überschritten. Nicht wenige Vertreter von Handel und Industrie plädierten in Bremen für die Deutschnationalen der DNVP von Hugenberg und Papen. Sie setzten zugleich verstärkt auf die faschistische Diktatur, weil diese mit Rüstungsaufträgen nicht nur einen Ausweg aus der Krise versprach, sondern damit auch Ersatz für die zu erwartende Schwächung des Außenhandels. Durch Kapitaltransfer in die Rüstungsbetriebe gelang es den Großkaufleuten, alsbald die sinkenden Handelsprofite auszugleichen. Eng mit dem Staatsapparat verzahnt forderten sie spätestens ab 1932 die „Zerschlagung des Marxismus“ und die Errichtung einer

„nationalen Diktatur“. In dem von der Handelskammer verbreiteten öffentlichen „Bekennnis des bremischen Kaufmanns zur neuen Regierung“ vom 27. März 1933 heißt es unter anderem: „Was den Bemühungen patriotischer Kreise ... in der Kriegszeit nicht gelungen ist, was die Besten in den folgenden 14 Jahren unter ständigen Demütigungen erhofft haben, ist von dem jetzigen Reichskanzler Adolf Hitler in langem zähen Ringen erreicht worden“. Die Hoffnungen erfüllten sich. Denn Bremen zählte spätestens mit der Proklamation der deutschen Wehrhoheit ab 1935 zu den wichtigsten Rüstungsschmieden in Deutschland, im Flugzeugbau ebenso wie im Schiff- und Militärfahrzeugbau. Aber auch in anderen Rüstungsindustrien, besonders im Stahlbau mit der Herstellung von Vanadin-Edelstahlherstellung und Edelstahlbohrspitzen für Rüstungszwecke durch die zum Krupp-Konzern gehörende Norddeutsche Hütte (nach 1945 Klöckner-Werke, heute ArcelorMittal). Schon im März 1934 hatte Bürgermeister Markert mitgeteilt, dass die Deschimag (AG-Weser) für den zum Konzern gehörenden Weser-Flugzeugbau „nunmehr auch vom Reichswehrministerium Aufträge für Flugzeugbau in Lizenz erhalte und bereit sein würde, nötigenfalls auch anderen Bedarf für Militärzwe-

cke herzustellen“. Das gelang der Werftleitung 1935 mit der Übernahme umfassender Marineaufträge. Auch die Atlas-Werke hatten damit schon 1934 Erfolg. Und die Hansa-Lloyd Automobilwerke (ab 1938 C.F.W. Borgward) beteiligten sich ebenfalls ab 1934 mit der Entwicklung von Halbkettenfahrzeugen an der noch verbotenen Aufrüstungspolitik des NS-Systems. Anders als in der propagandistischen Selbstdarstellung aus dem Jahre 1935 spielten Arbeitsdienst und Autobahnbau eine geringe Rolle bei dem Abbau der Beschäftigungskrise in Bremen. Vielmehr war es der steigende Arbeitsbedarf in den Rüstungsbetrieben, der 1935 den hohen Beschäftigungsbestand von 1928 wieder erreichte. Trotz der durch den Krieg erzwungenen Einstellung des für Bremen so wichtigen Überseeverkehrs gelang es der Bremer Kaufmannschaft und dem Großbürgertum in Verbindung mit dem Senat und altgedienten Spitzenbeamten des Finanz- und Wirtschaftsappara-

tes, die Rüstungsproduktion um die Erschließung eines neuen profitträchtigen Betätigungsfelder zu ergänzen: der Beteiligung an der Ausplünderung der besetzten oder mit dem „Dritten Reich“ kollaborierenden Länder und Staaten, besonders in Südost- und Osteuropa, vor allem in besetzten Teilen der Sowjetunion.



„Wirtschaft ohne Nazis“ nach 1945?

Die Lieferanten für Heer, Marine und Luftwaffe durften sich nach einer kurzen, von den alliierten Militärregierungen mit dem Gesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 verordneten Zwangspause am Wiederaufbau beteiligen. „Auferstanden aus Ruinen“ beteiligten sich - nach der mit der Westintegration verbundenen

und nicht nur in Bremen umstrittenen Remilitarisierung der BRD - die Nachfolger der nach 1945 zunächst zur Demontage verpflichteten alten Rüstungsschmieden Focke-Wulf, Weser-Flug, Atlas-Werke, Klatte, Borgward, die AG „Weser“ oder die Norddeutsche-Hütte mit ihren in der Regel „entnazifizierten“, jederzeit und jedermann dienstwilligen Eliten erneut an der Rüstungsproduktion. Mit Unterstützung des Senats gelang es in den fünfziger Jahren, die traditionellen Rüstungsbetriebe, Automobilwerke, Werften und Flugzeugindustrie, an der militärischen Fertigung wieder zu beteiligen und ihren alten Platz als Rüstungsproduktionsstätten wieder einzunehmen. Die sachlichen und personellen Kontinuitäten in diesem Bereich sind mehr als frappierend. Ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg wurde das Produktionsverbot in der Militärluftfahrttechnologie durch Kooperationspartner im Ausland abgesichert. Wehrwirtschaftsführer Kurt Tank hatte sich zum Beispiel 1947 mit wichtigen Bauunterlagen des Stahljägerprojektes und dem größten Teil seines Entwicklungsteams nach Argentinien abgesetzt. Ebenfalls Henrich Focke, der in Brasilien die Fertigung von Militärhubschraubern leitete. Beide hielten den Kontakt nach Bremen aufrecht, u. a. zum früheren Weser-Flug-Direktor Feilcke, dem

„spiritus rector des neuen Bremer Flugzeugbaus“ (Pfliegensdörfer), aber auch zu Borgward, zu Krupp und zur neuen Bundesregierung. Der von Hitler wegen seiner „großen Verdienste...um die zivile Luftfahrt und erst recht um die deutsche Luftwaffe“ 1943 zum Professor ernannte Tank unterbreitete unter anderem Anfang der fünfziger Jahre der Bundesregierung Pläne für den Aufbau einer westdeutschen Flugzeugindustrie. Parallel dazu liefen die organisatorischen Vorbereitungen für den Beginn der durch den Kalten Krieg und die Westintegration zu erwartenden Wiederaufnahme der Rüstungsproduktion in Bremen.

In der zu fast 60 Prozent zerstörten Stadt stellten die nicht gänzlich zerbombten Rüstungsbetriebe wie Klatte oder Atlas nach Kriegsende zunächst Haushaltsgeräte und sanitäre Einrichtungen her. Bald darauf wurden bei Klatte oder den „Atlas-Werken“ nicht mehr Stahlhelme in Kochtöpfe umgewandelt. Die Verpflichtung zur „ausschließlichen Friedensproduktion“ und zur Demontage konnten die Unternehmensvertreter teilweise mit Hilfe des Senats und durch Beschlüsse der Bürgerschaft unterlaufen. Exemplarisch verweisen wir auf die Verhandlungen der Bürgerschaft mit Theodor Klatte (Bürgerschaftspro-

tokoll, 1946, S. 130ff.) und auf die Erklärung von Senator Harmsen, bis 1945 neben dem Kunstmäzen Blaum im Vorstand der Atlaswerke, zu den einschneidenden Folgen der Demontage für die industriellen Entwicklung Bremens am Beispiel der AG-Weser (Bürgerschaftsprotokoll 30.10.1947). Der zum Krupp-Konzern gehörende Rüstungselektronikspezialist Atlas konnte seine Erfahrungen in der militärischen Fertigung nach 1945 auf den zivilen Sektor übertragen. Die Echolote für die U-Boote der Marine wurden für zivile Zwecke weiterentwickelt, zum Beispiel für den Fischfang oder als Solaranlagen. In den achtziger Jahren kamen alle nach dem 2.

Weltkrieg mit Solaranlagen ausgestatteten U-Boote der Bundesmarine aus Bremen. Auch der neue Luftfahrzeugbau-Konzern MBB (früher VFW) übernahm wieder eine Vorreiterrolle. Nach Tanks Pionierleistungen mit dem Bau des

viermotorigen Langstreckenflugzeugs Condor, das 1938 als erste Passagiermaschine den Atlantik nonstop überquerte, und dem in 25000 Einheiten gefertigten Jagdflugzeug FW 190 „Würger“ von 1939 produzierte der Konzern seit den achtziger Jahren das teuerste Spielzeug der Bundeswehr: den MRCA-Tornado als Nachfolger für den verunglückten Starfighter. Der nach der Korea-Krise einsetzende Kriegsschiffbau machte



auch die Bremer Schiffbauer zu den Nachkriegsgewinnern: mit der Herstellung von Schnellbooten, Fregatten und U-Booten. Wie schon 1933 sahen die Unternehmer nach 1945 in der Waffenfertigung ein profitables Geschäft.

Ehemalige Wehrwirtschaftsführer konnten sich daran wieder beteiligen, weil es den Hitler-Förderern von Ludwig Roselius über Carl F. Borgward und Robert Kabelac (Vulkan) bis zu Franz Stapelfeldt (AG-Weser) auch mit Hilfe des Senats gelang, sich als Männer der inneren Emigration oder gar als Widerstandskämpfer zu deklarieren. Der von der US-Militärregierung eingesetzte öffentliche Kläger ging in Bremen von 470 Hauptschuldigen aus. In der Spruchkammer waren es nur noch 40 (8,5%) und nach der Berufung blieben lediglich 25 übrig. Darunter befanden sich kein Politiker oder Wirtschaftsführer, nur noch „Kriminelle“ und der Landesbischof von Bremen. Dazu wurden auch die KZ-Wächter aus Mißler und Ochtumsand gezählt, ebenso die Beteiligten am Judenpogrom in Bremen. Nicht aber der vor dem Nürnberger Militärgerichtshof im Einsatzgruppen-Prozess als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige Leiter der Bremer Gestapo, Erwin Schulz, der als SS-Brigadeführer und Generalmajor zum Chef des Amtes I (Personal) im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) aufstieg und mit den Einsatzgruppen am Massenmord im Osten beteiligt war. Selbst dieser „Hauptschuldige“ wurde nach einer Intervention von Alfred Faust aus der Haft befreit. Was waren die heute

kaum noch nachzuvollziehenden Gründe, die den einstigen antifaschistisch gesinnten Chefredakteur der Bremer Volkszeitung und Reichstagsabgeordneten der SPD nach 1950 als Pressesprecher des Senats veranlassten, trotz seiner KZ-Haft in Mißler den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Kaisen (SPD), und den Senator Ehlers (KPD/SPD) zu bitten, Schulz aus dem Zuchthaus für Kriegsverbrecher in Landsberg frei zu pressen. „Als ehrenwerter, geradliniger und charakterfester Mensch“ (so Schulzens Selbstdarstellung von 1954) erhielt dieser verurteilte Hauptkriegsverbrecher nach seiner vorzeitigen Entlassung seine Bremer Dienstbezüge und bis zu seiner Pensionierung ein Übergangsgeld. Von seiner Entschädigung für die Kriegsgefangenschaft konnte Schulz sich schuldenfrei und unbelästigt in Bremen wieder einrichten.²

Ist dieser unglaubliche Vorgang Teil jener „Traditionspflege“ von Kaufmannschaft und (mehrheits-)sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, die schon dazu beitrug, die Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 zu zerschlagen? Ein Bündnis, das sich in politischen Grundsatzfragen nicht nur zu Kompromissen mit dem Bürgertum verpflichtete, sondern als Arbeitsgemeinschaft mit der Kapitalfraktion nach 1945 die

Bereitschaft voraussetzte, sich mit ehemaligen Kooperationspartnern des NS-Systems zusammen setzen zu müssen. Ein politisches Konzept, das angesichts der zunächst von Teilen der SPD mit getragenen starken Antifa-Organisation (KgF) mit ihrem antikapitalistischen Konsens bedeutete, Abschied zu nehmen von den in der Länderverfassung durchgesetzten Sozialisierungsforderungen und der Ablehnung der Rüstungsproduktion durch die Bremer Arbeiterbewegung. Eine politische Grundhaltung, mit der die Entnazifizierung zur Farce verkommen musste. Erst die in den achtziger Jahren langsam einsetzende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ließ erste kritische Nachfragen zum Bremer Handelskapital und zu den Rüstungsindustriellen zu, die das NS-System stützten und förderten.

Umso mehr musste es verwundern, dass trotz der vom sozialdemokratischen Senat tolerierten Wende - mit den zahlreichen kritischen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Machtübertragung an die NSDAP - Hans Koschnick als Präsident des Senats ausgerechnet am 1. September 1983 verkündete, „durch Bundeswehraufträge die bremische Wirtschaft zu beleben“? Er wolle sich dafür einsetzen, „dass entsprechende Beschaffungsaufträge der Bun-

deswehr nicht an der bremischen Wirtschaft vorbeigehen“. Und das im Krisenjahr seiner Tätigkeit mit der Schließung der AG-Weser und angesichts von über 10.000 Menschen, die 1983 auf dem Marktplatz am Antikriegstag für Frieden und Abrüstung demonstrierten. Sicher konnte der Bürgermeister davon ausgehen, dass angesichts der Beschäftigungs- und Entlassungskrise in der Werftenindustrie auch die Mehrheit der Metaller dem Beschluss des Vorstands nicht mehr folgen würden, Beteiligungen an Rüstungsproduktionen abzulehnen. Einmal ganz davon abgesehen, dass sich nur noch wenige an 1947/48 erinnerten. Damals gehörte der Stadtstaat Bremen zu den Ländern, deren Verfassungsväter und -mütter bei der Abrechnung mit der NS-Vergangenheit noch von einer antikapitalistischen Umgestaltung ausgingen. So sah der Verfassungsentwurf der SPD vor, die Schlüsselbetriebe und ehemaligen Rüstungsfirmen unverzüglich in Gemeineigentum zu überführen und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte abzusichern. Diejenigen, die sich als Minderheit mit dem „Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen“ daran erinnerten, antworteten auf die Rüstungsinitiative des Senats von 1983 mit einer Abrüstungsinitiative: „Für den Frieden produzieren - Alter-

native Fertigung statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung“ – als Arbeitshilfe für betriebliche Arbeitskreis, Friedensinitiativen und die gewerkschaftliche Arbeit. (vgl. die Broschüre der von Jörg Huffschmid und Dieter Pfliegensdörfer geleiteten Arbeitsgruppe Abrüstung an der Universität Bremen, 1984, S.41ff.) Und kritische IG Metall-Kollegen von MBB-Bremen (Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH) luden am 31. August 1984 zu einer Ausstellungseröffnung in die Zionsgemeinde ein: „Vom Würger zum Tornado - 60 Jahre Flugzeugbau in Bremen von unten betrachtet von IG-Metall-Kollegen bei MBB-Bremen“; gefördert und unterstützt von einem breiten Bündnis von Vertrauensleuten und Betriebsräten, der Arbeiterkammer, dem Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen, der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden und - last not least - dem Senator für Wissenschaft und Kunst.

Postskriptum

Und vergessen wir angesichts des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen nicht darauf hinzuweisen, dass trotz aller Hoffnungen auf ein neues demokratisches Deutschland auch die „deutschen Christen“ - nicht nur in Bremen um den Domprediger Heinz Weidemann (1895-1976), der als NS-Landesbi-

schof die deutschen Christen als „braunen Stoßtrupp“ innerhalb der Kirche definierte und nach 1945 als „Hauptschuldiger“ eingestuft wurde, sich in den ersten Nachkriegsjahren einer Aufarbeitung ihres Sündenfalls von 1933 verweigerten. Dagegen machte sich die „Bekennende Kirche“ auf den Weg, den Anpassungskurs von 1933 zu kritisieren. Aber das Stuttgarter Schuldbekennnis von Pastor Martin Niemöller, der sich als Häftling im KZ Dachau vom Militaristen zum entschiedenen Friedenskämpfer gewandelt hatte, fand lange Zeit wenig Unterstützung. In Bremen freilich gehörten einige Pastoren in der Traditionspflege von Albert Kalthoff, Emil Felden oder Gustav Greiffenhagen bald zu denen, die den Frieden als Konsequenz der christlichen Botschaft verstanden und die deshalb zu Kooperationspartnern der Bremer Friedensbewegung wurden.

Prof. Dr. Jörg Wollenberg
(emerit. Prof. der Universität Bremen, im Fachbereich Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Politische Weiterbildung, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur regionalen Geschichte des Faschismus in Deutschland)

1) So der Titel einer Broschüre der Arbeitsgruppe Abrüstung an der Universität Bremen von 1984, entstanden u.a. aus meinem Lehr- und Forschungsprojekt Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung in Bremen von 1905-1952. Einige der wichtigsten Buchtitel von Mitarbeitern des Projektes, auf die ich im folgenden zurückgreife: Dieter Pfliegensdörfer, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929-1945, Bremen 1986; Wollenberg, Heer-Kleinert, Müser, Pfliegensdörfer, Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933, Bremen 1983; Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Katalog zur Schlachthofausstellung 1983 als gemeinsame Arbeit von Studenten und Mitarbeitern des oben genannten Lehr- und Forschungsprojektes in Kooperation mit Mitarbeitern und Studenten der damaligen Hochschule für gestaltende Kunst und Musik; weiter: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 5, 1983, Teil 1: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931-1945; „Vom Würger zum Tornado - 60 Jahre Flugzeugbau in Bremen von unten betrachtet von IG Metall-Kollegen bei MBB-Bremen“, 1984. Das Projekt einer mehrteiligen Rundfunksendung von Radio Bremen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung wurde ebenfalls von Mitarbeitern des Forschungsprojektes bestritten. Außerdem kamen regelmäßig im Gewerkschaftshaus der „Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen“ zu Wort, die als Widerstandskämpfer gegen das NS-System die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren entschieden bekämpften und das lebendige Gewissen der Bremer Arbeiterbewegung repräsentierten. (vgl. dazu die Filmreihe „Bremer Arbeiterbiographien als „ganzheitliche“ Lebensgeschichten von P. Alheit, H.G. Hofschien, I. Gerstner und J. Wollenberg, wie auch den Band über Käthe Popall. Geschichte erzählt: Bremer Arbeiterbiographien, 1985.

2) Zu diesem Fall, der exemplarisch steht für die gescheiterte Entnazifizierung in Bremen -und nicht nur hier- vgl. Michael Wildt, Generation der Unbedingten 2002, S.779-784 und die Fallstudie zu Erwin Schulz von Karl Schneider in seiner demnächst erscheinenden Arbeit über die Bremer Polizeibataillone. Dazu auch Hans Hesse „Konstruktion der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen“, Bremen 2005

„Die Bundeswehr wird fit gemacht... mit Technik aus Bremen“

Bis 2010 will die Bundesregierung einen in diesem Ausmaß bisher nicht da gewesenen Umbau der Bundeswehr abgeschlossen haben. Die Bundeswehr wird in drei völlig neue Kategorien unterteilt. Der Zweck: ihr neue Offensivkraft zu verleihen. Sie wird unterteilt in so genannte Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte, die jeweils aus Verbänden aller drei Teilstreitkräfte gebildet werden:

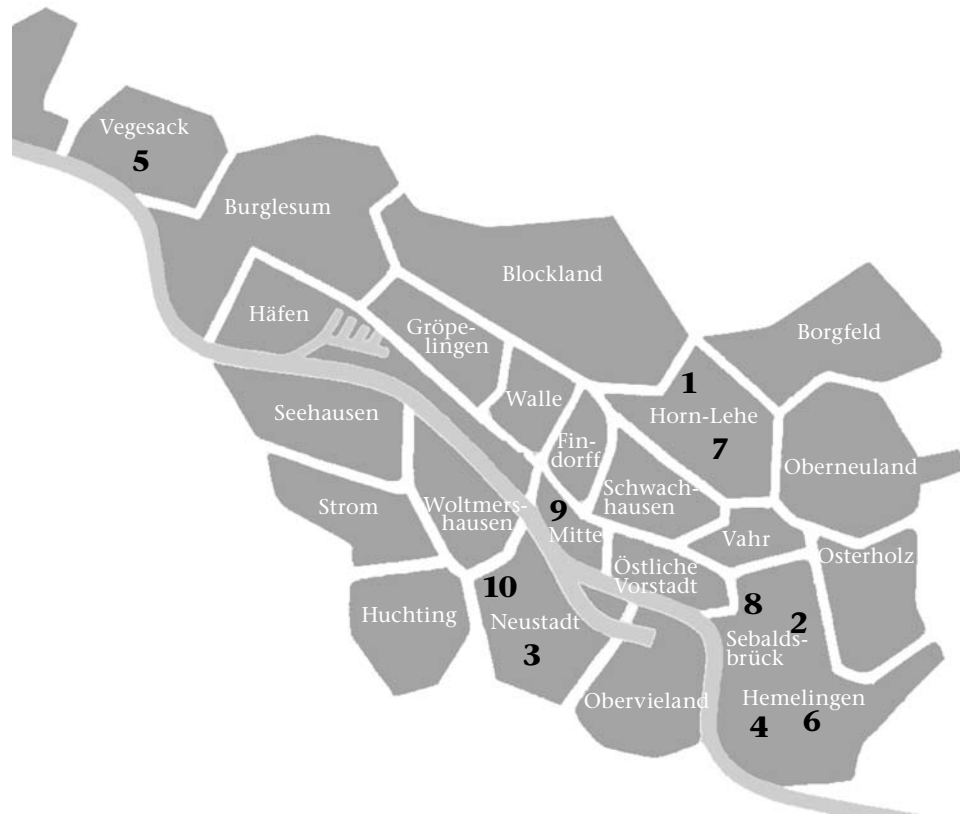
- 35.000 Mann „Eingreifkräfte“ sind Hightech-Soldaten mit entsprechender Ausrüstung für die schnellen Eingreiftruppen von EU und NATO.
- 70.000 Mann „Stabilisierungskräfte“ sind für längerfristige Einsätze vorgesehen, also KFOR, ISAF, UNIFIL etc.
- 210.000 Soldaten und ziviles Personal „Unterstützungskräfte“.

Dabei hat die Umorientierung weg von der Landesverteidigung hin zur weltweiten Interventionsfähigkeit für die Bundeswehr höchste Priorität. Die Regierung definiert im Weißbuch vom Oktober 2006 zwei zentrale Herausforderungen. Erstens: die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zweitens: die

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die auch in die Hände von Terroristen gelangen können. Im Weißbuch wird auch allgemein das Interesse an der „Sicherheit der Energieinfrastruktur“ genannt. Wie die Gewährleistung dessen aussehen soll, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion genauer festgelegt: In der „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ vom 6. Mai 2008 heißt es: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“ Spätestens bei den Förderanlagen wird es kriminell. Denn es sind nicht die einheimischen gemeint. Dazu ist zu sagen: Es ist nichts gegen ein Interesse an Rohstoffen anderer Länder einzuwenden, sehr wohl jedoch dagegen, sich diese gewaltsam aneignen zu wollen.

Die Europäische Union will sich bis 2010 eine schnelle Eingreiftruppe schaffen, die unter anderem rund 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe umfassen und spätestens nach 60 Tagen vor Ort sein soll. Von den 80.000 Soldaten dafür stellt Deutschland das größte nationale Kontingent

Rüstungsatlas Bremen



1. OHB-System AG, Universitätsallee 27-29 , 28359 Bremen, Stadtteil Horn-Lehe, Produkte: Telematik, Raumfahrt und Sicherheit, Radaresatellitensystem SAR.LUPE für die Bundeswehr, Navigationssatellitensystem Galileo für die EU...
2. Atlas Elektronik GmbH, Sebaldsbrücker Heerstraße 235, 28305 Bremen, Stadtteil Sebaldsbrück, 51% der Geschäftsanteile hat Thyssen Krupp und 49% EADS, Produkte: Elektronikausstattung für U-Boote, Torpedos, Überwachungssysteme, Simulatoren für Eurofighter und Kampfpanzer...
3. EADS SPACE Transportation, Hünefeldstraße 1-5, 28199 Bremen, Stadtteil Neustadt, Europas größter Luft-Raumfahrt- und Rüstungskonzern, Produkte Flugkörper für Eurofighter EF 2000, Militärtransporter A400M, Eurocopter Tiger...
4. Euroatlas, Zum Panrepel 2 28307, Stadtteil Hemelingen, Produkte: Wechselrichter für U-Boote, Gleichrichter für Kampfflugzeuge und Flugzeuge, Wärmebildkameras, Nachtzielgeräte...
5. Lürssen, Zum alten Speicher 11, 28759 Bremen, Stadtteil Vegesack, Produkte Korvetten, Schnellboote, Fregatten, Minensucher...
6. A.Weidelt Systemtechnik GmbH&Co.KG, Zum Allerhafen 5, 28309 Bremen, Stadtteil Hemelingen, Produkte: Geräteausstattung für Gefechtsstände, Einbausätze für den Fliegerleit- und Fliegerfunk, Führungs- und Verbindungstrupp...
7. Bruker Daltonics: Fahrenheitstraße 4, 28359 Bremen, Stadtteil Horn-Lehe, Produkte Massenspektrometrie, Geräte zur Analyse fester, flüssiger und gasförmiger Stoffe...
8. Rheinmetall Defence Electronics GmbH, Brüggeweg 54, 28309 Bremen, Stadtteil Hemelingen, Produkte gepanzerte Fahrzeugsysteme, Verteidigungselektronik, Drohne K20...
9. BLG, Präsident-Kennedy-Platz 1, 28203 Bremen, Stadtteil Mitte, Verschiffung von Kriegsmaterial
10. Rotes Kreuz Krankenhaus gGmbH, Sankt-Pauli-Deich 24, 28199 Bremen, Stadtteil Neustadt, das RKK gilt als eine der wenigen speziellen Schmerzbehandlungs-Kliniken in der Bundesrepublik. Solche Schwerpunkte entsprechen den Kriterien für „kriegswichtige Krankenhäuser“.

aller Staaten: 18.000 Mann. Die Speerspitze dieser EU-Truppe sollen jeweils zwei superschnelle Einsatztruppen bilden. Diese sogenannten Battlegroups, jeweils 1.500 Mann stark, können schon innerhalb von fünf Tagen am Einsatzort sein. Ihr Einsatzradius: 6.000 Kilometer um Brüssel und zwar „vor allem in Afrika“. Jeweils zwei Battlegroups stehen pro Halbjahr Gewähr bei Fuß. Die Bundesregierung hat für acht der bisher zugesagten 22 Battlegroups Kontingente angemeldet. Das ist die höchste Anzahl aller EU-Staaten. In vieren davon will sie die Führung übernehmen. Das ist die größte Führungsbereitschaft. Deutschland beteiligt sich also in höchstem Maße an der Militarisierung der EU.

Auch die NATO hat sich eine Schnelle Eingreiftruppe zugelegt: die 25.000 Mann starke NATO Response Force (NRF). Sie kann binnen sieben Tagen weltweit zum Einsatz gebracht werden. Die Bundeswehr ist hier mit bis zu 6.200 Mann beteiligt. Auch hier stellt die Bundeswehr das größte nationale Kontingent aller NATO-Staaten.

Zusammengefasst: Der Umbau der Bundeswehr dient dazu, in den schnellen Eingreiftruppen in EU und NATO diese hervorragende Präsenz zu haben.

Dafür sind kostspielige Waffensysteme und Ausrüstungen bestellt und beschafft worden. Eine Folge davon: Im kommenden Jahr soll der Verteidigungshaushalt um 5,6 Prozent angehoben werden. Das ist der höchste prozentuale Anstieg nach Ende der Blockkonfrontation. Nach NATO-Kriterien wird Deutschland dann 33,5 Mrd. Euro für das Militär ausgeben.

Was stellen die Bremer Rüstungsbetriebe „Atlas Elektronik“, „Rheinmetall Defense“ und „OHB“ im Wesentlichen her?

Atlas Elektronik

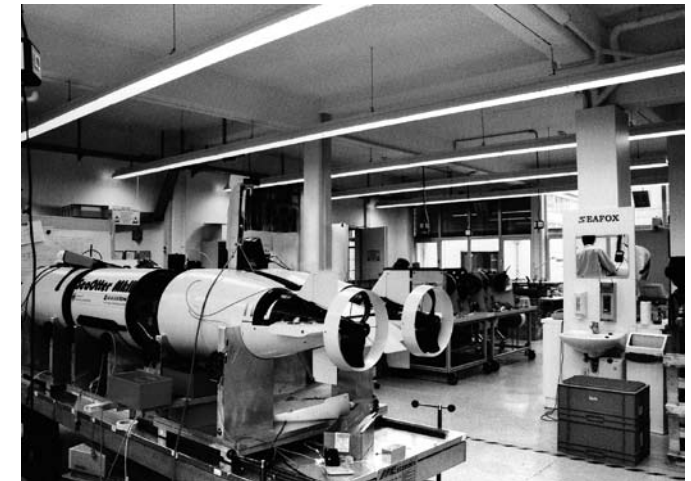
Produktionspalette und Umsatz Die Atlas Elektronik GmbH an der Sebaldsbrücker Heerstraße ist vor allem bekannt als der „weltweit führende Elektronik-Ausstatter von U-Booten“ (FAZ, 16.9.2005) und Weltmarktführer bei Minenjagdsystemen. Darüber hinaus werden in seinem Werkteil Wedel/Holstein Torpedos aller Art hergestellt. Atlas Elektronik weist eine imposante Exportreferenz aus: Lieferung von integrierten Führungs- und Waffeneinsatzsystemen für 17 Marinen, Sonarsysteme für 28 Marinen, Torpedos für 15 Marinen, Minenvernichtungsfahrzeuge für neun Marinen. Atlas gibt denn auch seinen Exportanteil am Umsatz

von 366 Mio. Euro mit über 80 Prozent an. Mehr als 50 Prozent des Umsatzes wird mit U-Booten von HDW erzielt. Seine Mitarbeiterzahl gibt Atlas mit 1800 an, davon in Bremen 1.300. Im April 2007 kündigte die Firma an, „in den nächsten Jahren 350 Stellen abbauen“ zu wollen (Hamburger Abendblatt 5.4.2007).

Eigentümer

Der Eigentümer von Atlas, der größte europäische Rüstungskonzern BAE Systems, bot im März 2005 Atlas Elektronik zum Kauf an. Es entwickelte sich ein intensiver Bieterkampf. Bis zu 20 Interessenten wurden gezählt. Der französische Elektronikkonzern Thales, nach Atlas die Nummer 2 auf dem Gebiet der Marineelektronik, gab das höchste Gebot ab, erhielt jedoch nicht den Zuschlag. Der Grund: Die Bundesregierung war dagegen. Sie winkte öffentlich mit dem Passus im Außenwirtschaftsgesetz, wonach sie „ihr Veto gegen den Verkauf von mehr als 25 Prozent eines deutschen Rüstungsunternehmens an ausländische Investoren einlegen“ (FAZ 15.9.2005) kann. Die Regierung wollte angeblich einen Technologietransfer nach Frankreich verhindern.

ThyssenKrupp und EADS erhielten Ende 2005 für 217 Mio. Euro den Zuschlag. Im Verhältnis 60 zu 40 gründeten sie in einem ersten Schritt eine gemeinsame Gesellschaft. Im Januar 2007 brachte dann EADS sein Marine-Elektronik-Geschäft ein. Das umfasst Firmenteile in Ulm, Un-



terschleißheim und Wilhelmshaven sowie die Firma Hagenuk in Schleswig-Holstein. Damit halten ThyssenKrupp 51 und EADS 49 Prozent an ihrer Tochtergesellschaft Atlas Elektronik GmbH.

Nun zum eigentlichen Grund für das Regierungsveto. Atlas ist der fehlende Mosaikstein im von ThyssenKrupp aufgestellten Marine-Systemhaus. ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) besitzt mit Blohm+Voss, den Nordseewerken in Emden, dem 75% An-

teil an HDW in Kiel und dessen Töchtern Kockums in Schweden und Hellenic Shipyards in Griechenland bereits einen europäischen Werftenverbund. Dieses Systemhaus hat knapp 9.000 Beschäftigte und macht einen Umsatz von rund 1,7 Mrd. Euro jährlich. Der Auftragsbestand reicht rund 11 Jahre und umfasst zehn Milliarden Euro. Die FAZ resümiert am 23.12.2005: „Nach dem Zuschlag für Atlas führt der Düsseldorfer Konzern (Thyssen Krupp) das erste komplett aufgestellte Marine-Systemhaus in Europa. Seine Chancen, bei der erforderlichen Konsolidierung der noch 21 europäischen Marinewerften als Kristallisationspunkt zu wirken, haben sich erheblich verbessert.“ Nach Ansicht des ehemaligen Wirtschaftsministers Glos sichert der Zusammenschluss ThyssenKrupp/EADS „die führende Rolle Deutschlands im internationalen Wettbewerb für Überwasserschiffe und konventionelle U-Boote“ (www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=12613). Und es freut auch den Generalinspekteur der Bundeswehr: Im von ihm erlassenen Bundeswehrplan 2008 heißt es: „Zum Erhalt der Fähigkeiten auf technologisch hohem Niveau wird eine industrielle Konsolidierung auf europäischer Ebene unter deutscher Führung angestrebt. Mit der nationalen Konsolidie-

rung der Marineschiffbauindustrie (TKMS) unter gleichzeitiger Schaffung eines DEU Systemhauses (Übernahme Atlas Elektronik) wurde eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen.“

Kurzgefasst: Atlas Elektronik in deutscher Hand schafft die Voraussetzung für einen von Deutschland geführten europäischen Kriegsschiff-Werftenverbund.

Rheinmetall Defence Electronics (RDE)

Die Firma Rheinmetall Defence Electronics am Brüggeweg in Hemelingen war noch bis 2003 mit Atlas Elektronik zusammengeschlossen zu STN Atlas Elektronik und ist nun eine 100%ige Tochter der Rheinmetall AG Düsseldorf. Die Rheinmetall AG fußt auf zwei Säulen: Autozulieferung und Rüstung. Die Rüstungssparte nennt sich Rheinmetall Defence. Insgesamt setzte die Rheinmetall AG 2007 etwa vier Mrd. Euro um, davon 1,7 Mrd. Euro im Bereich Defence. Rheinmetall Defence sieht sich selbst als „führendes europäisches Systemhaus für Landstreitkräfte.“

Rheinmetall Defence kann als „Rüstungskrake“ bezeichnet werden, denn es stellt Rüstung her in den Bereichen: Fahrzeuge, Flugabwehr, Waffen und Munition,

Elektronik, Aufklärungs- und Sensorsysteme, Antriebe, Simulation und Ausbildung.

Nur um einen konkreteren Einblick zu geben in das weit gefächerte Sortiment: Rheinmetall

stellt paritätisch mit Krauss Maffei Wegmann die neuen Schützenpanzer Puma her, ist ebenfalls zur Hälfte an der Herstellung der Panzerhaubitze 2000 beteiligt, stellt für sämtliche Kampfpanzer Leopard die Kanonen, die Munition und die Feuerleitanlage her, ist Hersteller der Kleinpanzer Wiesel und der Transportpanzer Fuchs und ist auch an der Herstellung des Infanteriefahrzeugs GTK Boxer beteiligt.

Die Bremer Abteilung Rheinmetall Defence Electronics (RDE) setzte 2007 etwa 400 Mio. Euro um, wobei darin kleine Niederlassungen in Rostock und Ismaning berücksichtigt sind. Der RDE-Umsatz macht etwa 10 Prozent des Gesamtumsatzes und knapp ein Viertel des Rüstungsumsatzes der Rheinmetall AG aus.

Die Produktpalette in Bremen ist sehr umfangreich. Herausgehoben seien vier Rüstungsprojekte:

Die Drohnen KZO, das Großprojekt „Infanterist der Zukunft - Erweitertes System“ (IdZ-ES), das Gefechtsübungszentrum GÜZ und Anteile am Military Airbus A 400 M.



Kleinfluggerät Zielortung KZO

Die Drohne „Kleinfluggerät Zielortung“, abgekürzt KZO, klingt harmlos, ist es aber ganz und gar nicht. Sie dient der Entdeckung, Identifizierung und genauen Lokalisierung von feststehenden und beweglichen Objekten. In Echtzeit können die mit dem Infrarotsensor erzeugten Bilder aus bis zu einer Entfernung von 100 Kilometern ausgewertet werden. KZO wird auf Suchflugpfade programmiert und dient dazu, die Lage auszuspionieren, aber auch Treffer zum Beispiel nach Artilleriebeschuss zu ermitteln. Die Bundeswehr hat davon sechs Systeme für 339 Mio. Euro bei RDE gekauft. Sie sind seit 2008 in ihrem Bestand. Ein System besteht

aus zehn Drohnen plus zwei Bodensystemen, somit aus 60 KZO. Der Bundeswehrplan 2009 des Generalinspektors sieht vor, diese Aufklärungsdrohnen mit Kampfdrohnen zu verknüpfen. Diese so genannten „Wirkmittel zur abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“, kurz WABEP genannt, werden bereits entwickelt und sollen ab 2013 der Bundeswehr zur Verfügung stehen.

Infanterist der Zukunft IdZ

Um die Bedeutung des Systems „Infanterist der Zukunft“ zu erfassen, muss ein wenig ausgeholt werden. Die Infanteristen der Bundeswehr werden seit langem im Häuserkampf, Straßenkampf und Stadtkampf auf der Ortskampfanlage im unterfränkischen Hammelburg und auf der Stadtkampfanlage im brandenburgischen Lehnin ausgebildet. Gelehrt wird Aufstandsbekämpfung in besetzten Ländern. Der vom General der US-Marineinfanterie, Krusak, entwickelte Begriff des „Three-Block-War“ macht auch bei der Bundeswehr Schule. Er besagt, dass die moderne Infanterie im Prinzip drei Einsätze gleichzeitig durchführen muss: In einem Häuserblock im Kampfeinsatz sein, im anderen humanitäre Hilfe leisten und im dritten gegen Aufständische kämpfen. Dies erfordert eine flexible, schnelle, vielseitige Reaktionsfähigkeit in

einem multinationalen Ansatz und einer „Vernetzten Operationsführung.“ Die Bundeswehr habe es dabei mit „irregulären Kräften“ zu tun. (Die Einheimischen sind demnach irregulär, die Eindringlinge regulär) Damit sind Terroristen, Partisanen, Guerillas und Milizen gemeint, die „asymmetrisch“ kämpfen. General Berger, Kommandant der Infanterieschule sagt: „Der abgessene infanteristische (Nah-)Kampf ist oft die einzige Möglichkeit, einen asymmetrisch kämpfenden Gegner zu finden, zu stellen und zu schlagen.“ (Generalinspekteur Schneiderhan Bundeswehrplan 2009, 10.6.200, S. 69). Folglich wird dem System „Infanterist der Zukunft“ in Kampfeinsätzen der Bundeswehr künftig eine Schlüsselfunktion zugeordnet. Mit dem Ende der Umstrukturierung der Bundeswehr 2010 wird es ca. 11.000 Infanteristen geben. Sie sind in 15 Bataillonen der Fallschirmjäger, Gebirgsjäger, Panzergrenadiere und einem Infanterieregiment zusammengefasst.

Die Basis-Systeme IdZ sind bereits im Kongoeinsatz 2006 erprobt worden, werden zurzeit in Afghanistan eingesetzt und stehen den deutschen Soldaten in der NATO Response Force NRF und in den Fallschirmjägerbataillonen zur Verfügung. Insgesamt sind etwa 2170 Infanteristen der Bundes-

wehr mit dem Basissystem IdZ ausgerüstet.

Eine Infanteriegruppe besteht aus zehn Soldaten, denen verschiedene Gruppenfahrzeuge zur Verfügung stehen. Der Fahrzeugpark soll erweitert werden. Die sieben Panzergrenadierbataillone sollen ab 2010 308 Schützenpanzer „Puma“ erhalten. Sechs Grenadiere finden Platz. Der Puma zeichnet sich durch hohe Beweglichkeit, Feuerkraft und starke Panzerung aus und gilt im urbanen Kampf als das ideale Kampffahrzeug. Besonders perfide: Die „Air Burst Munition“ der Maschinenkanone, eine rechnergestützte „intelligente Munition“, die die Granate je nach Wunsch kurz vor dem Aufprall in 135 Subprojektilen zerlegen kann, ist speziell gegen Menschen gerichtet. Dies „verschafft dem neuen Schützenpanzer eine hohe Durchsetzungsfähigkeit auch in bebautem Gelände“ (Oberstleutnant Engel / Oberstleutnant i.G. Obstmayr, „Strategie und Technik“, Januar 2006). Diese Munition ist übrigens auch im Programm von Rheinmetall Defence.

Die IdZ verfügen im Basis-System über ein Navi-Pad mit Karten des Einsatzlandes, ein Gruppenfunkgerät und verschiedene Gewehrtypen mit Reichweiten von 200 bis 1200 Metern. Jeder Infanterist verfügt über ein Wärmebildgerät, so dass die Gruppe nachtkampffähig ist. Sie sind in zwei Vierergruppen unterwegs. Als ihr „Mutterschiff“ erhalten sie den „GTK Boxer“, in dem dann Fahrer und Waffenbediener zurück bleiben. Vom 32 Tonnen schweren achtradrigen und mehr als 100 Stundenkilometer schnellen Gepanzerten Transportkraftfahrzeug Boxer sollen 600 Stück beschafft werden. Der Boxer ist Truppen-transporter, Waffen- und Mate-



rialträger und Aufladestation für die Akkus der Infanteriegruppe.

Nun kommt Rheinmetall Defence Electronics ins Spiel: Insbesondere

re, um die Infanteriegruppe in das System der „Vernetzten Operationsführung“ einzubinden und auch eine weitere Leistungssteigerung zu erzielen, ist RDE in Bremen als gesamtverantwortliche Firma im August 2006 gemeinsam mit Unterauftragnehmern beauftragt worden, ein technisches Gesamtkonzept des Erweiterten Systems (IdZ-ES) zu entwickeln. Im IdZ-ES soll der Soldat auf seinem Helmdisplay Informationen hinsichtlich der Lage und Position seiner Gruppe und der Nachbargruppe sowie seinen Auftrag und Warnmeldungen hochauflösend dargestellt bekommen. Auf dem Helmdisplay sollen auch Videoaufnahmen oder Aufnahmen von Wärmebildbeobachtungsgeräten möglichst echtzeitnah eingespielt werden können. Umgekehrt soll der Infanterist selbst neben Daten und Sprache auch Bilder und kurze Videosequenzen digital an seine Gruppe versenden können. Der Gruppenführer und sein Stellvertreter sind mit der übergeordneten Führungsebene verbunden und können über die Karte, die Lage, die Planung und den Status mit der Gruppe und der Führung kommunizieren. Von zentraler Bedeutung ist es, die Infanteriegruppen über die Digitalisierung von Sprache, Daten und Video an das Führungsinformationssystem Heer anzubinden. So soll über die Navi-Integration die Darstel-

lung eines digitalen Lagebildes in Echtzeit auf jeder Führungsebene möglich werden. Eben dies wird mit der „Vernetzten Operationsführung“ nicht nur auf nationaler Ebene, sondern im multinationalen NATO- und EU-Rahmen angestrebt.

Die „Vernetzte Operationsführung“ wird in der Bundeswehr als „Kernelement ihrer Transformation“ begriffen, der die „Eingreifkräfte“ der Bundeswehr unterliegen. „Vernetzte Operationsführung“ bedeutet, man schafft „einen alle Führungsebenen übergreifenden und interoperablen Informations- und Kommunikationsverbund. Dieser verbindet alle relevanten Personen, Truppenteile, Einrichtungen, Aufklärungs- und Waffensysteme.“ So steht es im Weißbuch der Bundesregierung. Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass jeder auf seinem Display dasselbe Lagebild hat. Der Zweck der Sache: Die Beschleunigung der Entscheidungsfindung, was den entscheidenden Vorteil „im Krieg“ bringen könnte. Umgesetzt werden soll das insbesondere mit einem System von unbemannten Flugkörpern, die für die Aufklärung eingesetzt werden.

Insbesondere vom Verbund mit dem System KZO erwartet man sich bei RDE Wunder bezüglich

der Anbindung des IdZ-ES an die „Vernetzte Operationsführung“. Das KZO, als fliegendes (Infrarotlicht-)Auge über dem Gefechtsfeld soll auch Videolivebilder von überflogenem Gebiet übertragen. Bilder können sowohl der IdZ-ES-Truppe als auch jeder Führungszentrale live zugänglich gemacht werden und das KZO wäre durch die Infanteriegruppe selbst steuerbar. Das ist die als machbar bezeichnete Zukunftsvision von RDE.

Wir haben es bei RDE also mit einem High-Tech-Betrieb erster Güte zu tun, der durch das Technikangebot eine Garantie auf Sieg bei der Aufstandsbekämpfung in fremden Ländern suggeriert. Zu befürchten ist, dass deutsche Angriffshandlungen dadurch wahrscheinlicher werden.

Im Zeitraum 2009 bis 2014 – so die Planung – sollen 807 „Erweiterte Systeme“ (IdZ-ES) beschafft werden, für 8070 Soldaten, die der Infanterie, den Panzergrenadiern, und der Luftwaffen- und der Marinesicherung angehören. Gefechtsübungszenrum GÜZ Seit dem 1. 2008 September hat Rheinmetall Defence den gesamten Betrieb des Gefechtsübungszenrums Heer (GÜZ) in der

Altmark übertragen bekommen. Rheinmetall Defence war bereits federführend bei Entwicklung und Aufbau des GÜZ beteiligt. Das GÜZ ist die zentrale Ausbildungsstätte des Heeres im Feld und in der Simulation. Maximal



2.600 Teilnehmer, mit ca. 300 Waffensystemen und 500 Fahrzeugen üben dort den „Kampf der verbundenen Waffen“, aber auch „Peace-Keeping“. Mittels der von RDE installierten und betreuten Rechner können diese Kriegsspiele auch simuliert und ausgewertet werden. Die Systeme IdZ und IdZ-ES sind bzw. werden eingebunden.

Airbus A400M

Im Juli 2005 erhielt RDE als Folge jahrelanger Zusammenarbeit mit Airbus den Auftrag, für alle bisher bestellten 192 Military Airbusse A 400 M die Frachtraumelektro-

nik zu liefern. Sie dient dem Lademeister zur sicheren und effektiven Beladung und Endladung des Transportflugzeugs. Ab 2011 sollte die Bundeswehr davon 60 Exemplare (Preis 9,3 Mrd. Euro) erhalten. (siehe Artikel von Andrea Kolling) Die A 400 M dienen der „Strategischen Verlegefähigkeit in der Luft“. Sie wurden eigens so konstruiert, dass einer entweder zwei Kampfhubschrauber Tiger oder einen Transporthubschrauber NH-90 oder einen Puma oder einen GTK Boxer oder 116 Soldaten mit Ausrüstung weltweit transportieren kann. Fallschirmspringer und Lasten können während des Fluges abgesetzt werden. Über die von RDE hergestellte „Lademeisterstation [...] wird beispielsweise eine der Hauptaufgaben des A400M, das

Absetzen von Transportgut aus der Luft, gesteuert.“ So die RDE-Homepage „www.rheinmetall-defence.com“.

OHB-Technology AG

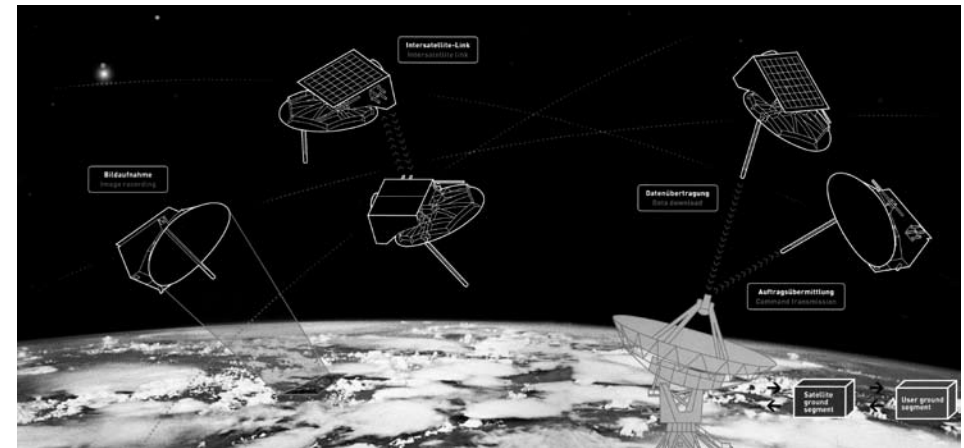
Die Bremer Firma Orbitale Hochtechnologie Systeme, kurz OHB Technology AG, im Technologiepark an der Universität Bremen ist ein extrem expandierendes Unternehmen. Es verfünzfachte seinen Umsatz von 2001 nach 2007 von 15 auf 223 Mio. Euro. OHB gibt seine Mitarbeiterzahl mit 1300 an. Die Beschäftigtenzahl in Bremen dürfte bei 300 liegen. Die Firma ist im Satellitenbau für militärische Zwecke engagiert. Das ist zum einen das Radarsatellitensystem SAR-Lupe für die Bundeswehr und zum anderen das Navigationssatellitensystem Galileo für die EU.

SAR-Lupe

OHB ist Generalunternehmer für die Herstellung des ersten Aufklärungssatellitensystems der Bundeswehr. SAR-Lupe basiert auf der Radartechnik und erlaubt eine nationale, von Wetter- und Ta-

geszeit unabhängige präzise Erdbeobachtung weltweit. Lediglich die USA und Russland verfügen über eine ähnlich effiziente Technologie, die es gestattet, Objekte der Größe eines halben Meters zu identifizieren. Deutschland wird damit zum „Global Player“. Die fünf baugleichen Radarsatel-

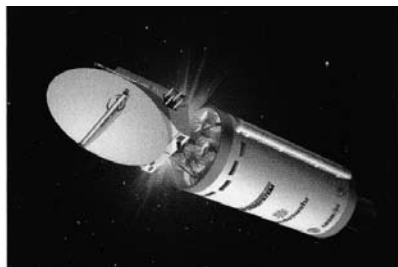
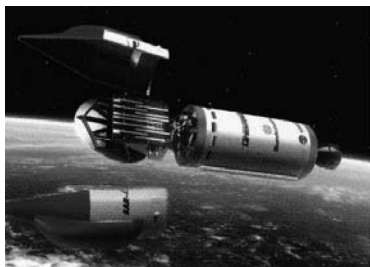
land möglich. Das System soll als Kern eines europäischen Satellitenverbunds dienen. **Die nationale weltweite Aufklärungsfähigkeit aus dem Weltraum ist die Voraussetzung für die weltweite Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.**



liten umkreisen die Erde in etwa 500 Kilometern Höhe und liefern Bilder an die ebenfalls unter der Regie von OHB in Gelsdorf bei Bonn errichteten Bodenstation. Durchschnittlich vergehen zwischen Bestellung und Lieferung von Bilddaten elf Stunden. Die Kosten für SAR-Lupe: 742.000.000 Euro. OHB hat auch die technischen Voraussetzungen geschaffen, SAR-Lupe mit dem französischen optischen Satelliten Helios II zu verknüpfen. Somit ist ein Bildaustausch zwischen Frankreich und Deutsch-

Galileo

Die EU-Kommission hat im September 2008 OHB und die deutsche EADS-Raumfahrsparte Astrium als letzte verbliebene Bieter für die Herstellung der restlichen 26 von insgesamt 30 Satelliten des EU-Navigationssystems Galileo ausgewählt. Es wird davon ausgegangen, dass sich beide Firmen den Auftrag teilen werden. Ab 2013 sollen dann Verkehrsteilnehmern zu Lande, zu Wasser und in der Luft dieses Konkurrenzsystem zum vom Pentagon betriebenen GPS nutzen können,



zu dem eine Komplementarität hergestellt werden soll. Galileo wird privat betrieben, bietet jedoch Geheimdiensten und dem Militär zwei verschlüsselte Frequenzbänder an, die Navigation im Zentimeterbereich ermöglichen sollen. Damit ließen sich dann beispielsweise Marschflugkörper, Raketen, Panzer, Infanteristen und Drohnen usw. unabhängig von den USA lenken.

Führende Technologien
OHB-System-Chef Manfred Fuchs

60 Jahre
 BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik wird 60. Was waren die großen Momente der vergangenen Jahrzehnte? Persönlichkeiten aus Bremen und Niedersachsen erinnern sich. Heute: Manfred Fuchs (70), Vorstandsvorsitzender der OHB-System AG.

„Mit Deutschland verbinden mich unglaublich viele schöne und bleibende Momente meines Lebens. Obwohl ich in Südtirol geboren wurde und meine Kindheit und Jugend dort verbrachte, sind es Ereignisse wie die Hochzeit mit meiner Frau oder die Geburt unserer beiden Kinder in Hamburg, die mich so stark mit diesem Land verbinden.“

Auch beruflich war der Schritt nach Deutschland für mich äußerst erfolgreich. Das wohl wichtigste Ereignis in meiner nun bereits mehr als 40-jährigen Karriere ist die im Jahr 2001 gefallene Entscheidung für die OHB-System AG als Hauptauftragnehmer im SAR-Lupe-Programm der Bundeswehr. Mit diesem Großprojekt konnte unser Unternehmen beweisen, dass es am Standort Bremen weltweit führende Technologien für die Raumfahrt entwickeln und bauen kann.“



Manfred Fuchs (OHB-Chef). FOTO: STOSS

Umfang der Bremer Rüstungsproduktion

Bundesweit gibt es etwa 80.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsproduktion. Davon werden die Hälfte dem Bereich des Dual-Use oder der Zulieferindustrie zugeordnet. Rund 4.000 Rüstungsarbeitsplätze sind in der Stadt Bremen (ohne Bremerhaven) angesiedelt. Das sind fünf Prozent aller Rüstungsarbeitsplätze in Deutschland. Ein Vergleich mit Schleswig-Holstein ist aufschlussreich. Für das nördlichste Bundesland gibt es eine systematische Untersuchung des Rüstungsstandorts. Dieter Hanel vom „Arbeitskreis Wehrtechnik Schleswig-Holstein“ ermittelt dort für 2007 4700 Arbeitsplätze in der Rüstung, also ähnlich viel wie in Bremen. Da die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins jedoch fünfmal so hoch ist wie die der Stadt Bremen, **wird die hohe Rüstungskonzentration in Bremen deutlich.**

Der Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“ ging in seinem Bericht vom Mai 2006 von einem Rüstungsproduktionswert in Deutschland im Jahre 2005 von insgesamt 15,5 Mrd. Euro aus. Davon sind etwa die Hälfte dem Dual-Use-Bereich oder der Zulieferindustrie zuzurechnen. Der Rüstungsproduktionswert der Stadt Bremen von einer Mrd. Euro stellt 6,5 Prozent

der BRD-Produktion dar. Es wohnen allerdings nur 0,66 Prozent der Bundesbürger in der Stadt Bremen (545000 von 82,5 Mio.). Ergo: **Rüstung ist hier überrepräsentiert. Bremen ist eine Rüstungshochburg.**

Fazit: Bremer Rüstungsbetriebe leisten vor allem mit Satelliten und Drohnen, mit Elektronik für Marine und Heer, durch Kriegsschiff- und Flugzeugbau einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung der weltweiten Interventi-

Rüstungsstandort Stadt Bremen

Firma	Jahr	Beschäftigte in HB	Gesamt Umsatz in HB (in Mio. Euro)	Rüstungsanteil (in Prozent)	Anzahl der Rüstungs-Beschäftigten in HB ca.	Rüstungsproduktion (in Mio. Euro)
Atlas Elektronik ¹ (TK/EADS)	2007	1.300 (A)	366 (A)	90 (B)	1170	330
Rheinmetall Defence Electronics ²	2007	1.370 (A)	400 (A)	90 (B)	1230	360
Friedrich Lürssen	2005	680 (E)	250 (D)	50 (D)	340	125
EADS Airbus	2005	3.200 (C)	600 ³ (B)	33 (B)	1080 (E)	200
OHB	2007	300 (A)	223 (C)	33 (D)	100 (D)	17
					3920	1047
Summe					rd. 4000	rd. 1000

Vergleichen wir die Anteile der Rüstungsproduktion zwischen Bund und der Stadt Bremen. Die 15,5 Mrd. Euro Rüstungsproduktion am Bruttosozialprodukt (BSP) Deutschlands von 2241 Mrd. Euro im Jahr 2005 bedeuten 0,7 Prozent im Bund. In Bremen werden von den 21,2 Mrd. Euro des BSP etwa eine Mrd. Euro durch Rüstungsproduktion erzielt. Das macht einen Anteil von 4,7 Prozent. Das heißt, in Bremen ist die Rüstungsdichte sechs- bis siebenmal höher als im Bundesdurchschnitt.

onsfähigkeit der Bundeswehr und zur Verbreitung von Kriegswaffen und Ausrüstungen auf dem Globus. Nahezu fünf Prozent der Bremer Wertschöpfung erfolgt durch Rüstungsproduktion. Die Stadt hat sich also überdurchschnittlich stark von der Rüstungsproduktion abhängig gemacht. Kommen wir abschließend auf die Frage zurück: „Ist Rüstung das Beste für die Stadt?“ Zuge-spitzt könnte man aus der hohen Rüstungskapazität in der Stadt schlussfolgern: Je mehr Spannungen, Krisen und Kriege in der

Welt, desto besser für Bremen. Das kollidiert jedoch mit der Bremer Landesverfassung: Der diesbezügliche Artikel 65 lautet: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt

sich zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Schutz der natürlichen Umwelt, Frieden und Völkerverständigung. Sie fördert die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit, die auf den Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen, auf das Zusammenwachsen Europas und auf die friedliche Entwicklung der Welt gerichtet ist...“

Lühr Henken *



* Lühr Henken, Jahrgang 1953, geboren in Bremerhaven, lange in Bremen wohnend, im Vorstand des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedenratschlag, Beirat der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Der Beitrag entstammt im wesentlichen dem Redemanuskript einer öffentlichen Veranstaltung am 9. Oktober 2008 zum Thema: „Rüstungsproduktion in Bremen – Das Beste für die Stadt?“

Die Lürssen-Werft in Vegesack: Mit neuen Kriegsschiffen ganz groß im Geschäft

Die Friedrich Lürssen Werft an der Lesummündung – in der vierten Generation im Familienbesitz – besteht seit 1875 und gilt als „die Wiege der deutschen Schnellboote“. Der Betrieb wird von den beiden Vettern Friedrich und Peter Lürssen geleitet. Das Managermagazin gab 2006 den Umsatz mit „circa 500 Millionen Euro“ an. (1) In der Vergangenheit baute Lürssen zusätzlich auch verschiedene Küstenmotor- und Seenotrettungsschiffe. Die Firma ist zudem Weltmarktführer bei über 65 Meter langen Luxusyachten für die Milliardäre dieser Welt, womit sie rund 50 Prozent ihres Umsatzes tätigt. Fertigungsstandort ist die Werft in Bardenfleth. Hier sehen die Lürssens ebenfalls gute Geschäftsaussichten für das Jahr 2009 und darüber hinaus, was sie sogar zu einer Erweiterung ihrer Produktionsanlagen veranlassete. (2) Der Schwerpunkt liegt jedoch nach wie vor beim Bau von Kriegsschiffen.

Längst nicht mehr steht die „Küstenverteidigung“ im Vordergrund, sondern auch hier die weltweite Angriffsfähigkeit. Sehr entlarvend formuliert dies Marineinspekteur Wolfgang Nolting. Danach werde die See zu einem „Wirkraum“, der nicht mehr durch die Küstenli-

nien begrenzt sei, sondern weit darüber hinaus ins Hinterland reiche, um so die Unterstützung von Landkriegsoperationen zu ermöglichen. Nolting wörtlich: „Über den möglichen Schutz ziviler Schifffahrt in gefährdeten Regionen hinaus, müssen wir die Weltmeere auch als größtes militärisches Aufmarsch- und Operationsgebiet begreifen. Nach Schätzung von Experten werden 2020 über 75 Prozent der Weltbevölkerung innerhalb eines nur 60 Kilometer breiten Küstenstreifens leben. (...)Wir müssen Fähigkeiten entwickeln, die uns künftig die Teilhabe an teilstreitkraftgemeinsamen und multinationalen Szenarien bis in entfernte Randmeerregionen ermöglichen.“ (s. Referat Lühr Henken vom 9.10.2008 „Rüstungsproduktion - Das Beste für die Stadt?“) Aus dem Militärkauderwelsch des Marineinspektors in verständliches Deutsch übersetzt bedeutet dies schlicht: Mit vereinten Kräften von NATO und EU gegen den „Rest der Welt“!

Das Bremer Unternehmen hat eine wenig rühmliche Vergangenheit, denn schon für die kaiserliche Marine baute die Werft Schnellboote. Für Hitlers faschistische Wehrmacht wurden zwi-

schen 1939 und 1945 weit über 200 Schnellboote mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 45 Knoten (das sind 45 Seemeilen pro Stunde oder ca. 83,5 km/h) auf Kiel gelegt. Nach einer „Schamfrist“ von 12 Jahren begann Lürssen erneut mit dem Bau von Schnellbooten und später von Korvetten – diesmal für die Bundesmarine. Die Korvette ist ein Schiffstyp, der sich in der Größe zwischen Schnellboot und Fregatte bewegt und zumeist in küstennahen Gewässern operiert.

Korvetten von Lürssen mit weitreichender Zerstörungswirkung



Fünf Exemplare der hochseegängigen Korvetten K 130 wurden schon im Dezember 2001 von der Regierung Schröder in Auftrag gegeben. Ihre Namen: Braun-

schweig, Magdeburg, Oldenburg, Erfurt und Ludwigshafen. Sie wurden von Lürssen gemeinsam mit den Firmen Thyssen Nordseewerke in Emden und Blohm & Voss in Hamburg für die Bundesmarine gebaut und lösen die mittlerweile veraltenden Schnellboote ab. Die Länge der Korvetten beträgt 89 Meter, sie sind 13 Meter breit und haben einen Tiefgang von nur 3,40 Metern. Mit ihren 1840 Tonnen Gewicht entwickeln sie eine erstaunliche Geschwindigkeit von 26 Knoten beziehungsweise 48 km/h. Reichweite bei 15 Knoten: 7.500 Kilometer. Außerdem wurden die Korvetten in Tarnkappenbauweise hergestellt. Lürssen hat bei allen fünf Korvetten die Achterschiffe gebaut. Die „Braunschweig“ und die „Magdeburg“ sind bereits im Besitz der Bundeswehr.

Diese Kriegsschiffe werden mit dem deutsch-schwedischen Marschflugkörper RBS 15 MK3 ausgestattet. Die Reichweite der Marschflugkörper wird mit 200 Kilometern angegeben. Angegeben wird auch, daß diese durchaus auf 400 Kilometer aus-

baufähig seien. Der Sprengkopf enthält 200 Kilogramm TNT. Die Zielgenauigkeit auf feste Ziele liegt im Meterbereich. Die Militärzeitschrift „Soldat und Technik“ kommentiert: „Der RBS 15 MK3 ist ein vielseitig einsetzbarer und höchst wirkungsvoller Flugkörper mit Landzielbekämpfungsfähigkeit, der seinesgleichen sucht.“ (3) Jede der fünf Korvetten wird mit vier dieser auf Salvenverschuss ausgelegten Marschflugkörper bestückt. Insgesamt wurden 60 Marschflugkörper bestellt. An Waffen enthält jede Korvette außerdem zwei RAM-Bordanlagen. RAM steht für „Rolling Airframe-Missile“, die mit jeweils 21 Kurzstreckenraketen mit je einem Radar- und Infrarotsuchkopf ausgestattet sind. Sie dienen dem Eigenschutz gegen anfliegende Flugkörper im Nah- und Nächstbereich. Zudem erhalten die Korvetten je eine Bugkanone und zwei Marineleichtgeschütze.

Mit der Marschflugkörper-Bestückung werden beispielsweise sämtliche Hauptstädte der Küstenländer Afrikas aus sicherer Entfernung beschießbar, aber auch zum Beispiel Damaskus und Pjöngjang geraten in die Reichweite der deutschen Seestreitkräfte. Noltings Gedankengängen folgend kann vermutet werden, daß sich dann 75 Prozent der Menschheit im Zielbereich deutscher Korvet-



ten befinden. (4) In der Konzeption der Bundeswehr sind die fünf Korvetten zusammen mit sieben Fregatten und vier U-Booten den „schnellen Eingreiftruppen“ von EU und NATO zugeordnet. (5)

Als würde das noch nicht reichen, wird schon heute das Nachfolgeprojekt geplant: Die Korvette K 131, die sich als noch teurer, noch effektiver und in ihrer Wirkung noch verheerender als ihre Vorgängerinnen erweisen könn-

te. Sie ist laut aktuellem Bundeswehrplan für die Zeit nach 2016 vorgesehen. Veranschlagt sind die neuen Korvetten mit zur Zeit etwa 1 Milliarde Euro. (6) Vorläufig! Denn es erscheint absehbar, dass sich die Kosten durch die zahlreichen Folgewirkungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise, und weiterer bisher noch nicht absehbarer Faktoren deutlich erhöhen können.

Sämtliche Korvetten sind ein spektakulär neues Kampfmittel, und damit erweitert die Bundeswehr ihre Möglichkeiten erheblich. Erstmals kann sie nicht nur Schiffe und U-Boote versenken, sondern auch von See her Zerstörungen an Land und selbst tief im Landesinneren anrichten. Dies ist eine Neuauflage der „klassischen“ Kanonenbootpolitik, die charakteristisch für die traditionell imperialistische und kolonialistische Machtpolitik der deutschen Marine ist. Das alles hat mit Landesverteidigung schon lange nichts mehr zu tun.

Staatspiraterie: Einsatzgruppenversorger und Fregatten machen die Weltmeere noch unsicherer

Dabei zählt Lürssen mit seinen etwa 1000 Beschäftigten und derzeit in Lemwerder 54 Auszubildenden zu den mittelgroßen

deutschen Marinewerften nach HDW und den beiden Thyssen-Werften, die als Großwerften gelten. Die Krögerwerft in Schacht-Audorf bei Rendsburg ist ein Tochterunternehmen von Lürssen und hat den ersten der beiden Einsatzgruppenversorger, die mit 20.000 Tonnen die größten Schiffe der Bundeswehr sind, hergestellt. Mit den Einsatzgruppenversorgern „Berlin“ und „Frankfurt am Main“ wird die landungebundene Stehzeit der Einsatzgruppe von 21 auf 45 Tage verlängert, so dass Dauer und Reichweite der Einsätze buchstäblich weltweit ausgedehnt werden können. Das passt in die Konzeption der Bundeswehr, sehr flexibel an vielen Stellen zugleich Krieg führen zu können.

Das Hauptunternehmen in Bremen-Nord war außerdem maßgeblich an der Konstruktion und dem Bau von drei Fregatten des Typs F124 beteiligt, die inzwischen fertiggestellt und ebenfalls im Besitz der Bundeswehr sind. Auf der Werft wurden schwerpunktmäßig das Vorschiffmodul mit Aufbau und Teilausrüstung sowie zwei hintere Aufbaumodule und Schornsteine für die 143 Meter langen Fregatten konstruiert und gefertigt. Die Teuerungsraten mitgerechnet kostet jedes dieser schwimmenden Tötungsmonster inzwischen 733 Millionen Euro!

Eingeschätzt wurde schon damals, dass allein der Unterhalt der drei Fregatten uns Steuerzahler und Steuerzahlerinnen binnen zehn Jahren mindestens 500 Millionen Euro kosten würde.

Konzeptionell sind Fregatten und Korvetten auf das Engste miteinander verbunden. Schon Mitte der 1990er Jahre hatte Kapitän zur See Klaus Mannhardt das dem zugrunde liegende Konzept entworfen. Er schrieb 1995: „Die Korvette eröffnet dem gesamten Einsatzverband ein Handlungsspektrum, das den Verbund des Überwasserkrieges von der Hohen See bis in die Küste hinein verwirklichen kann. (...)Dabei wird der Verbund zwischen Fregatte und Korvette außerordentliche Bedeutung erlangen.“ Die Bundesmarine verfügt inzwischen über acht Fregatten vom Typ F122, vier vom Typ F123 und drei vom derzeit neuesten Typ F124. Krisenhafte Entwicklungen wie derzeit in der übrigen Weltwirtschaft sind daher bei Lürssen kaum zu erwarten, denn auf die F124 folgt bereits die F125.

Für diese neuesten Fregatten – bestimmt für die so genannten Sta-

bilisierungskräfte - gab der Bundestag im Juni 2007 grünes Licht. Vier Schiffe sollen von 2014 bis 2017 beschafft werden. Mit 7.200 Tonnen sind sie noch größer als die F124. Die F125 ist „für lang-

Lürssen verstärkt US-Aktivitäten

Partnerschaft mit Palmer Johnson

Bremen (asp). Die Lürssen Werft in Bremen und die amerikanische Yachtwert Palmer Johnson sind eine Partnerschaft eingegangen. Das gaben Friedrich und Peter Lürssen sowie die Palmer-Johnson-Chefs Mike Kelsey und Bill Paxson jetzt bekannt. Die 80 Jahre alte US-Werft aus Sturgeon Bay und das renommierte Bremer Familienunternehmen, das in diesem Jahr sein 125-jähriges Jubiläum feiert, werden beide weiter eigenständig firmieren. Wie groß der Lürssen-Anteil an Palmer Johnson sein wird, sei noch Gegenstand von Verhandlungen, sagte Peter Lürssen.

Lürssen hatte bereits im letzten Jahr die TBM-Werft in Washington erworben, die auf Glasfaser-Komposit-Techniken spezialisiert ist und Boote bis 30 Meter bauen kann. Palmer Johnson ist im Segment bis zu 60 Metern aktiv und gilt in dieser Größenordnung als einer der führenden Yachtbauer in den USA, der sich vor allem durch seine aus Aluminium gebauten Segel- und Motor-yachten einen Namen gemacht hat. Zu den Kunden gehören Ted Turner mit seiner „Teacup“ und der spanische König Juan Carlos mit der Turbinenyacht „Fortuna“.

Lürssen, eine der letzten Privatwerften in deutscher Hand, baut verstärkt im Segment ab 50 Metern aufwärts. Zur Zeit sind mehrere Großyachten im Bau beziehungsweise in der Konstruktion. Erst kürzlich wurde in nur 24 Monaten Bauzeit mit der 140 Meter langen „Mipos“ eine der größten Yachten der Welt abgeliefert.

Von der Zusammenarbeit mit Palmer Johnson werden zahlreiche Synergieeffekte erwartet. An eine Aufteilung der Segmente sei aber nicht gedacht, sagte Peter Lürssen.



Produktionsstandort Lemwerder der Lürssen Werft: Die Auftragslage ist ausgezeichnet. Foto: Koro

jährige weltweite Einsätze auch in rauen Seegebieten“ konzipiert. (7) Ein neuer Plan sieht vor, dass diese Kriegsschiffe ununterbrochen zwei Jahre lang auf See bleiben können. Lediglich die Besatzung wird alle vier Monate ausgewechselt. Sie sollen der „asymmetrischen Kriegsführung“ und der Unterstützung von Spezialkräften dienen. Marineinspekteur Nolting schrieb über die F125: „Eine Stärke liegt dabei in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See zu unterstützen.“ (8) Als

Bewaffnung sind unter anderem ein 127-Millimeter-Geschütz mit einer Reichweite von bis zu 23 Kilometern und ein Mehrfach-Raketenwerfer vorgesehen. Über dessen Reichweite ist noch nicht entschieden. Reichweiten bis 100

Die Fregatten werden von der „Arbeitsgemeinschaft F125“ gebaut, die aus dem Werftenkonsortium TKMS und Lürssen besteht. Zur Erläuterung: Die Werft HDW in Kiel und die beiden Thyssen-Krupp - Werften in Emden und



Demo vor Lürssen gegen Rüstungsproduktion und -export
 Ein Dutzend Demonstranten demonstrierte gestern Vormittag vor dem Verwaltungsgebäude der Lürssen-Werft in Vegesack gegen die Aufrüstung Europas mit Hilfe Bremer Rüstungsproduzenten. Aufgerufen hatte zu der Demo das Bremer Friedensforum. Foto: Bahr

Kilometern sind in der Diskussion. Zudem sollen auf den Fregatten jeweils 50 Soldatinnen und Soldaten als Spezial-Kampftruppen stationiert werden können, die von mitgeführten Speedbooten aus andere Schiffe entern oder an fremdes Land gehen können. „Legale“ Piraterie sozusagen!

Hamburg sind unter einem Dach zusammengeschlossen. Sie bilden den europäischen Werftenverbund ThyssenKrupp Marinesystems (TKMS) mit Zentrale in Hamburg. Die Kosten für die vier neuen Fregatten summieren sich derzeit auf insgesamt 2,7 Milliarden Euro, das heißt 675 Millionen Euro pro Schiff. (9) Erwähnt sei hier noch, dass 2008 alle derzeitigen und künftigen Kriegsschiffsprojekte in einer „Gemeinsamen Erklärung“ des Berliner Rüstungsministeriums mit dem „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) abgesprochen wurden. Federführend war Friedrich Lürssen, der zudem Vorsitzender des Ausschusses „Verteidigungswirtschaft“ in dieser Organisation ist.

„Mords“-Geschäfte auch im Export

In den letzten Jahrzehnten hat die Werft über 264 Kriegsschiffe ins Ausland geliefert, darunter nach Israel, an die arabischen

Golfstaaten Kuwait und Bahrein, sowie nach Nigeria, Thailand und Singapur. (10) Besonders erfolgreich ist sie im Export von Schnellbooten, Patrouillenbooten und Korvetten. Kürzlich wickelte Lürssen einen Deal mit der Türkei über sechs Marinejagdboote im Wert von über 500 Millionen Euro ab. Die Boote baute Lürssen zusammen mit der Werft Abeking & Rasmussen. Auch hier erweist sich die Zusammenarbeit mit anderen Werften als besonders erfolgreich. 70 Prozent des gesamten Schiffsvolumens gehen ohnehin in den Export. (11)

Bundesverdienstkreuz für zivile Großzügigkeit

Die Lürssens gerieren sich in der Öffentlichkeit gern als Sponsoren und kunstsinnige Kulturförderer. Mit Pauken, Hörnern und Trompeten aus Händels „Wassermusik“ empfingen am 7. November 2006 unter anderem Bürgermeister Jens Böhrnsen und die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen im Rathaus die beiden Werften-Chefs. Anlass war die Verleihung des „Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse“ im Auftrag von Bundespräsident Horst Köhler an Peter und Friedrich Lürssen. Böhrnsen betonte während der Feier ausdrücklich das Engagement der Lürssens „für das Allgemeinwohl“. Gemeint waren die

Handelskammer, der Schiffbauverband, besagte Kammerphilharmonie und die vom Kaffeemagnaten Jacobs übernommene „International University of Bremen“. (12)

Solche Zeremonien passen in eine Zeit, da Deutschland wieder zu einer in Europa führenden Groß- und Kriegsmacht aufgestiegen ist. Dass die Firma Lürssen, deren Verdienste um Handel und Schifffahrt ausgiebig gewürdigt wurde, besonders auch eines der wichtigsten europäischen Rüstungsunternehmen ist, wurde auf dem Empfang freilich schamhaft verschwiegen. (13)

Was die Werft auch weiterhin vom Stapel lassen wird, ist also wahrlich nicht dazu angetan, unserer Welt mehr Sicherheit und Frieden zu bringen.

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG)

Mit freundlicher Unterstützung von Lühr Henken, Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen und einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag. Siehe auch Referat „Rüstungsproduktion – Das Beste für die Stadt?“ (www.bremerfriedensforum.de)

Wieland von Hodenberg
(gehört seit der Gründung im Jahr 1983 dem Bremer Friedensforum an, auch aktiv bei den wöchentlichen Montags-Demonstrationen)

- 1 <http://www.manager-magazin.de/koepfe/unternehmerarchiv/0,2828,406217-2,00.html>, 17.3.2006
- 2 Das BLV Wochenzeitung vom 17.12.2008
- 3 Soldat und Technik, 11/2002, S. 50
- 4 Wolfgang Nolting, Die Marine im Einsatz, Strategie und Technik April 2007, S. 10 bis 14,
- 5 Konzeption der Bundeswehr, Erlaß von BM Peter Struck, 09.08.04, 112 Seiten, S. 77
- 6 Generalinspekteur Schneiderhan Bundeswehrplan 2009, 10.06.08, 81 Seiten, S. 73
- 7 Strategie und Technik, November 2005, S. 61
- 8 Vizeadmiral Wolfgang Nolting, Die Marine im Einsatz, Strategie und Technik April 2007, S. 10 bis 14, S 14
- 9 Bw.PL09, S 73
- 10 Thorsten Maas, Tatort Bremen, in: Bremen-Friedenshauptstadt oder Rüstungszentrum 1987, S. 62/63
- 11 Jürgen Rhades, HDW – auch für die Zukunft gut gerüstet, in: Wehrtechnik 1/1999, S.77
- 12 Freie Hansestadt Bremen - Der Senat (Archiv): http://www2.bremen.de/web/owa/p_presse?pi_bereich=S&pi_archiv=1
- 13 „Weser-Kurier“ vom 08.11.2006

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (heute BLG LOGISTICS GROUP, kurz BLG) ist für einen großen Teil des Umschlags in den Häfen im Land Bremen zuständig. Die Firma feierte im Jahre 2002 ihr 125-jähriges Jubiläum. Innerhalb der letzten fünfzehn Jahre hat sich die BLG von einer relativ lokal begrenzten Firma zu einem international tätigen Konzern gewandelt. Die BLG schlägt Stückgut und Container ebenso um wie Autos vieles andere mehr.

Ein Tätigkeitsbereich des Unternehmens taucht in offiziellen Verlautbarungen jedoch nicht auf: der Umschlag von Rüstungsgütern. Auf Anfrage leugnen weder der Vorstand noch Bremens Häfensenator, dass die BLG an der Verschiffung von Kriegsmaterialien beteiligt ist. Allerdings geben beide keine Auskunft darüber, welcher Art die umgeschlagenen Rüstungsgüter sind, noch über entsprechende Umschlagsmengen. Fest steht jedoch, dass ein Teil der deutschen Rüstungsexporte wird über die Häfen von Bremen und Bremerhaven abgewickelt wird. Als die USA in den Jahren 1990/91 den

Krieg am Persischen Golf vorbereiteten, brachten sie viele Kriegsmaterialien aus Deutschland über den Hafen von Bremerhaven mit Hilfe der BLG dorthin.

Die BLG schlägt alles um, was legal ist, betont die Firmenleitung. Das sei Gesetzeslage. Damit versucht die BLG den Schwarzen Pe-



ter an die Politik abzugeben. Dennoch kann sie sich nicht aus der Verantwortung für den Umschlag von Rüstungsgütern stehlen.

Die Gesetze für den Hafenumschlag sind nicht vom Himmel gefallen, sondern von Menschen gemacht worden. Sie lassen sich mit gutem politischen Willen ändern. Die Stadtgemeinde Bremen besitzt mit 50,4 % des Aktienkapi-

tals den größten Teil der BLG. Im Aufsichtsrat des Unternehmens sitzen derzeit zwei Senatoren der Freien Hansestadt Bremen: Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) und Ralf Nagel (SPD), zuständig unter anderem für Häfen und

Die BLG stellt sich gerne als verantwortungsbewusst dar. Waffen ins Ausland zu verschiffen, wo sie gegen Menschen eingesetzt werden können und werden, führt diese Ansicht der BLG ad absurdum. Verantwortungsbewusstsein bedeutet auch, am Frieden mit zu arbeiten. Die Verweigerung der Rüstungsgüterumschlages im Lande Bremen wäre ein wichtiger Schritt dorthin.

Joachim Fischer
(ist Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) und der Pusdorfer Friedensgruppe.)



Wirtschaft. Doch ihnen fehlt offenbar der politische Wille, sich dem Frieden zuliebe dafür einzusetzen, dass im Bundesland Bremen keine Rüstungsgüter mehr verschifft werden. Für die BLG wäre das keine große wirtschaftliche Einbuße, da der Rüstungsgüterumschlag verglichen mit dem Gesamtumschlag vermutlich nur gering ist. Anders als die Friedensbewegung sieht die BLG das Verschiffen von Kriegsmaterial nicht als Makel an, ist allerdings auch nicht besonders stolz darauf.

Der neue europäische Militärtransporter von Airbus - von der großen Hoffnung der Militärs zum Dauerkrisenfall für Staat und EADS.

„A 400 M vor dem Aus?“ titelte der Weser Kurier am 1. März 2009. Das Sprachrohr der Bremer Rüstungsunternehmen - zumindest im Wirtschaftsteil - versucht damit öffentlich den Anschein zu erwecken, man befürchte das Aus für den Airbus-Militärtransporter. Dieser Gau für EADS, weltweit zweitgrößtes Luft- und Raumfahrtunternehmen hinter Boeing, wird nicht eintreten. Im Januar 2009 lautete die Überschrift „A 400 M ist ein Milliardengrab“, was ohne Zweifel richtig ist. Fragt sich nur wessen Milliarden? Der Untertitel des Artikels gibt hingegen mehr Aufschluss über ein derzeit sichtbares Problem: „Airbus-Militärtransporter gefährdet den Ruf des europäischen Flugzeugbauers“. Eine Imageschädigung für den Standort Europa gegen den US-Konkurrenten Boeing, den deutschen Standort als Exportweltmeister und Bremen als Luft- und Raumfahrtzentrum soll verhindert werden. Da ziehen alle an einem Strang - Weser Kurier, Airbus und der Bremer Senat. So werden bremische Interessen definiert, koste es was es wolle

- für die Steuerzahler. Was sind schon ein paar Milliarden heutzutage? Aussteigen aus dem Projekt will dennoch niemand. Ein Ausstieg aus dem A400M-Auftrag würde die Chancen auf dem US-Rüstungsmarkt noch weiter minimieren. Die Glaubwürdigkeit des Rüstungsunternehmens würde durch einen Imageschaden ausgehöhlt, was Hemmnisse aufbauen könnte, den US-amerikanischen Tankflugzeug-Großauftrag zu erhalten. Fast wäre er im letzten Jahr an EADS gegangen. Nun wird er neu ausgeschrieben. EADS will den A400M-Vertrag zu besseren Bedingungen. Seit zwei Jahren wird viel über den Stand der A400M Entwicklungen spekuliert. Geplant war die Auslieferung des ersten Transporters für 2009, doch kein Flugzeug kann fliegen.

Zum Hintergrund: 2002 gab der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags grünes Licht zur Bestellung von 73 Transportflugzeugen für die Bundeswehr. Der A400M gilt als Ersatz für die alte Transall, eine deutsch/französische Kooperation von 1963, die dann ausgemustert werden soll. Bereits Anfang der 80iger Jahre, während des Kalten Krieges wurde der Bau eines europäischen Transporters geplant, unter

dem Namen „Future large aircraft“ (FLA)“. 2002 waren für den A400M 9,5 Milliarden Euro erforderlich, aber nur 5,1 Milliarden Euro standen im Verteidigungshaushalt zur Verfügung, der Rest sollte aus dem nächsten Haushalt bezahlt werden. Am 23.3.2002

gien (7), und Luxemburg (1). Portugal und Spanien waren frühzeitig ausgestiegen. Ende 2004 bestellte Südafrika acht Stück. Ein Schelm, wer da an Korruption im Zusammenhang mit europäischen Rüstungsaufträgen denkt. 2005 bestellte Malaysia



A400M-Präsentation Mitte vergangenen Jahres. Ein Termin für den Erstflug steht immer noch nicht fest.

FOTO: DPA

unterschrieb die europäische Rüstungsagentur „Organisme Conjoint de Cooperation en matiere d'Armement“ (OCCAR) im Namen der sieben Vertragsregierungen den 23 Milliarden Euro-Vertrag für insgesamt 196 A400M mit Airbus Military S.A.S. Ende 2002 wurde die deutsche Stückzahl wegen fehlender Haushaltsgelder auf 60 reduziert, mit einem Stückpreis von 117,9 Millionen Euro (Preisstand 12/2001). Im Mai 2003 wurden schließlich 180 Stück zu einem Festpreis von 20 Milliarden Euro bestellt. Deutschland ist mit 60 Stück Hauptabnehmer, Frankreich (59 Stück), Spanien (27), Vereinigtes Königreich (25), Türkei (10), Bel-

vier Stück. Und Chile bestellte seine geplanten drei Stück wieder ab. Es ist nicht zu erwarten, dass sich weitere Staaten zum Kauf des teuren Flugzeugs entschließen werden, von dem bisher nur eine Maschine ohne Triebwerk existiert. Im August 2008 wurde sie in Sevilla, dem Ort der Endmontage, präsentiert.

Alle bisher bekannt gegebenen Lieferpläne des A400M wurden gecancelt. Seit sechs Jahren wird der Transporter entwickelt. Verzögerungen sind normal hieß es zuerst, aber heute wagt keiner der Verantwortlichen eine Prognose, wann der Transporter endlich abheben könnte. Wissen wollte dies

Ende 2008 auch Auftraggeber Kriegsminister Jung „...ich möchte Klarheit haben, in welcher Art und Weise jetzt das Unternehmen selbst einschätzt, wann wir den A400M bekommen...“ (aus dem Manuskript der Sendereihe Streitkräfte und Strategien von NDR/Info vom 18.04.09). Öffentlich bittet Jung um Informationen, statt eine Entschädigung für die Verzögerungen zu verlangen. Die Lieferverzögerungen sind das Sichtbare. Im zivilen Bereich wäre eine Konventionalstrafe plus Vertragskündigung längst erfolgt. Und im Rüstungsbereich? Hier diktiert die Industrie dem öffentlichen Auftraggeber. EADS steigt aus, wenn die Bundesregierung auf Strafzahlungen besteht. So spricht denn Airbus-Chef Tom Enders von „mission impossible“ - für Airbus versteht sich. Das Unternehmen will die im Vertrag formulierten spezifischen Leistungsanforderungen reduzieren, mehr Geld der Steuerzahlerinnen, dazu die vertraglichen Rechte des Auftraggebers verändern und als Krönung Entschädigungen für den Verzug. Zudem soll das Triebwerk ganz aus dem Vertrag gestrichen werden. Diese Forderungen gehen aus einem Brief vom 18. März 2009 an den Haushaltsausschuss des Bundestages hervor (ebda.) Enders will für Airbus mehr Zeit, mehr Geld, keine Konventionalstrafen und

kein Bestehen auf festgelegten Leistungskriterien wie Nutzlast und Reichweite, wesentliche Anforderungen an den Transporter bei der Ausschreibung. Er will einen neuen Vertrag zu wesentlich besseren Konditionen. Zeiten von Kapitalmarktkrise, Superwahljahr 2009 und Abwrackprämie für die Autoindustrie sind kein schlechter Zeitpunkt, da ein paar Milliarden mehr öffentlich kaum wahrgenommen werden. Zur Erinnerung: Im alten Vertrag war ein Festpreis vereinbart worden. Damals machte Airbus der alten rot-grünen Bundesregierung das Projekt A400M mit dem Argument schmackhaft, nicht das bei Rüstungsaufträgen übliche Verfahren zu vereinbaren, bei dem Entwicklung und Beschaffung klar getrennt werden. Der Hersteller zahlt für alle Kosten plus einen Gewinn – geschätzte 10-20%. 2003 schien Airbus dieses Verfahren nicht zielführend, auch weil das Konkurrenzprodukt der russisch-ukrainische Militärtransporter Antonow 70 kostengünstiger war und den A400M in Teilbereichen fünfmal übertrifft. Die Bundesregierung wählte das kostengünstigere, zivile „commercial approach“ Verfahren. Die Festpreisgarantie war für Airbus ein schwerer betriebswirtschaftlicher Fehler. Deshalb versucht Airbus heute den selbstproduzierten Fehler der Bundesregierung

aufzubürden. Ein aktuelles Mittel in der Weltwirtschaftskrise. Es bleibt unverschämt. Die europäischen Auftraggeber hatten bei Vertragsunterzeichnung auf einem europäischen Triebwerk bestanden. Den Zuschlag erhielt im Mai 2003 ein französisch/deutsch/spanisches Konsortium. Das war eine industriepolitische

Erstflug möglich, so Enders heute. Nur das noch kein Erstflugtermin steht. Es gibt große Probleme mit der elektronischen Steuerung des neu entwickelten Turboprop-Triebwerks. Genaues ist nicht bekannt und wie heißt es doch so schön: „Wir arbeiten daran.“ Und einer schiebt dem Anderen den „Schwarzen Peter“ unter.



Verladung einer A400M-Rumpfsektion in Bremen. Derzeit ruht die Produktion.

Könnten die Vertragsstaaten kündigen und aus dem Projekt aussteigen? Da die OCCAR den Vertrag im Auftrag der Regierungen abgeschlossen hat, kann die Bundesregierung allein nicht kündigen, ganz gleich wer die Regierung stellt. Was also ist die Geschäftsgrundlage? Müsste EADS die Entwicklungskosten in Höhe von knapp 6 Milliarden Euro zurückzahlen? Nach

Entscheidung Europas für Europa auch um die Abhängigkeit von den USA zu verkleinern. Im Vorfeld der Auftragsvergabe hatte sich auch Airbus für Arbeitsplätze und den Erhalt der technologischen Basis in Europa stark gemacht, später lieber eine zeit- und kostensparende amerikanische Propellermaschine gewünscht. Verzichten die Regierungen auf das europäische Triebwerk, dann ist eine Auslieferung des ersten Flugzeugs drei Jahre nach dem

einem Pressebericht der deutschen Welle vom 10. März 2009 hätte die Bundesregierung den Vertrag zum 1. April 2009 kündigen können, da der Hersteller seine Zusagen nicht erfüllt hat. Warum tat sie es nicht? Wer hat die Macht auf seinen Bedingungen zu bestehen? Wer treibt hier wen vor sich her? Welche Absprachen wurden getroffen? Wieso erfährt der Souverän nichts? Schweigen und aussitzen im Wahljahr 2009 ist die Devise.

Wie euphorisch klang es noch in der Beschaffungsvorlage des Verteidigungsministeriums Anfang 2002 für den A400M: „Das Programm bietet der europäischen Rüstungsindustrie die Chance, auf dem Sektor 'Strategische Transportflugzeuge' leistungsfähige Kapazitäten aufzubauen. Es wird damit nachhaltig zur Konsolidierung und Effektivität der europäischen Luftfahrtindustrie beitragen und die Position von EADS/Airbus auf den Weltmärkten stärken. Insgesamt werden direkt und indirekt bis zu 40.000 Arbeitsplätze in Europa in diesem Hochtechnologie-segment gesichert werden.“ Wie hat man sich in Bremen gefreut, ein gutes Stück vom fetten Kuchen der industriellen Aktivitäten ergattert zu haben. Airbus Bremen entwickelt das Frachtverladesystem und die Rumpfmaterialien für den A400M, technologisches Neuland für die Bremer. Schwierig sind Schwerpunktverschiebungen durch punktstabile Belastungen bei Containern oder Panzern an Bord, im Gegensatz zu gleichmäßig ausgerichteten Passagierjets. Der Rumpf muss gepanzert sein, gleichzeitig soll er nicht schwer sein, um möglichst viel Nutzlast mitnehmen zu können. Dann soll das Flugzeug halbwegs überall landen und schnell davon fliegen können, aber auch

im langsamen Tiefflug Material abwerfen können.

Leider gibt es heute keine politische Debatte darüber, ob ein derart teures Rüstungsprojekt auf Teufel komm raus weitergeführt werden soll. **Worin liegt der gesellschaftliche Nutzen des A400M?** Nichts von dem was prognostiziert wurde ist eingetreten. Warum dann ein stures weiter so? Ist es sinnvoll Panzer,

Gnadenfrist für A 400 M

Paris (dpa). Der Pannenflieger A400M erhält eine Gnadenfrist: Die sieben EU-Staaten, die das neue militärische Transportflugzeug bestellt haben, verlängerten den ursprünglichen Vertrag mit dem Herstellerkonzern EADS um drei Monate. Sonst hätte EADS bereits vom 1. April an zur Zahlung von Vertragsstrafen verdonnert werden können. Die Staaten hätten zudem kündigen und die Rückzahlung von Anzahlungen fordern können. EADS selbst hatte die Höhe der möglichen Rückzahlungen auf rund 5,7 Milliarden Euro beziffert. Nun bleibt dem Konzern bis Anfang Juli Zeit, einen neuen Fahrplan für die A 400 M vorzulegen.

Raketen und Soldaten in alle Welt zu transportieren? Wäre es nicht zukunftsweisender aus dem Projekt auszusteigen und in friedliche Techniken zu investieren statt in ein flugunfähiges Subventionsdesaster. Beschäftigungseffekte in der beteiligten Industrie sind so gut wie keine eingetreten. Etwa zwei Millionen Euro anteilige Kosten pro Arbeits-

platz für den A400M, wurden zu Beginn des Auftrages geschätzt. Das Geld brächte im zivilen Bereich ein Vielfaches an Beschäftigungseffekten. Der Militärtransporter würde sich jedoch kaum als Konversionsprojekt eignen. Wozu braucht man in zivilen Bereichen eine Rumpfpanzerung? Man könnte mit einer Sparversion definitiv zivile Güter transportieren. Ein Schiffstransport bleibt dennoch die kostensparende und halbwegs ökologischere Variante. **Deshalb raus dem Projekt! Aussteigen!** Unsere Kinder und Enkel werden es uns danken. Aber ein Ausstieg traut sich keiner der verantwortlichen Politiker, das Image von Airbus scheint wichtiger und man knickt vor Tom Enders lieber ein und verzichtet auf die Strafzahlungen. Es ist ja nicht das eigene Geld, sondern nur das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler . . .

Andrea Kolling
(ist Vorsitzende der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung)

Zivil-militärische Zusammenarbeit: „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ in die Planung einbezogen

Die Militarisierung im Gesundheitswesen ist bundesweit immer weiter fortgeschritten. Ende November 2000 war zwischen der Delmenhorster Lazarettgruppe der Bundeswehr und dem „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ in Bremen ein sogenannter Partnerschaftsvertrag abgeschlossen worden. Das RKK gilt als eine der wenigen speziellen Schmerzbehandlungskliniken in der Bundesrepublik. Solche Schwerpunkte entsprechen den Kriterien für „kriegswichtige Krankenhäuser“.

Der „Bremer Anzeiger“ berichtete am 2. Dezember 2000, dass an der Vertragsunterzeichnung auf Seiten der Bundeswehr Brigadegeneral Horst Lemke aus Hannover, seinerzeit zuständig für nationale und territoriale Aufgaben, sowie der frühere Bremer Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos 20, Oberst Dirk von Grone, teilnahmen. Auf Seiten des Krankenhauses waren der Vorsitzende des Kuratoriums des RKK, Walter Bremermann, für den Vorstand Angelika Alke, sowie Dr. Friedemann Osmers und der damalige Verwaltungsdirektor Dr. Horst Hinderlich beteiligt. Zuvor hatte nach Mitteilungen der Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen (IMI) die Bun-

deswehr mit dem Uni-Klinikum Tübingen sowie mit Krankenhäusern in Karlsruhe, Sindelfingen und zahlreichen weiteren Städten solche Abkommen geschlossen. Selbst die altehrwürdige Berliner Charité blieb nicht unbehelligt. Wie „Unsere Zeit“ am 21.07.2002 berichtete, wurde eigens für die



Streitkräfte ein Neubau mit 400 Betten angegliedert. Mit über 26 Kliniken gibt es bereits Kooperationsverträge, wobei deutlich wird, dass es die Bundeswehr in erster Linie auf die hoch spezialisierten „Sahnestücke“ unter den Krankenhäusern abgesehen hat.

Verplanung für den Krieg akribisch vorbereitet

Die Partnerschaftsverträge sind Folge einer „Gemeinsamen Erklä-

rung“ zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur „zivil-militärischen Zusammenarbeit“(1). Diese Rahmenvereinbarung – abgeschlossen während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien am 22. April 1999 – sieht den umfangreichen Austausch von Personal

klinische Versorgung von zivilen und militärischen Patienten in einem Verbund zwischen zivilem Krankenhaus und militärischer Reservelazarettgruppe im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung zum Ziel.“

Unter den verharmlosenden Formulierungen verbirgt sich die Tatsache, dass die enge Kooperation bereits im Frieden eine Arbeitsgrundlage für die gegenwärtigen und künftigen Kriegszeiten bedeutet. Wie schon das Datum zeigt, handelt es sich hier um eine umfangreiche und tiefgreifende zivil-militärische Vorbereitungsmaßnahme. Parallel zum Aufbau der teilweise in die NATO und EU eingegliederten

Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte wurden und werden viele Bereiche der Bundeswehr in zivile Betriebe ausgelagert. Die Krankenhäuser und ihre Bediensteten sind Teil der fortschreitenden Verplanung des Gesundheitswesens und damit der Entstehung einer immer perfekteren Kriegsmaschinerie geworden. Dabei sind gerade hier viele Menschen beschäftigt, wie zum Beispiel Zivildienstleistende, die sich bewusst für eine nichtmili-

tärische und humanitäre Aufgabe entschieden haben und dann trotzdem gegen ihren Willen in die Mühlen der Kriegsvorbereitungen geraten.

Es droht sogar eine vollständige Vereinnahmung der Vertragskliniken durch die Streitkräfte. Ein Indiz hierfür ist in folgender Begründung aus Armeekreisen zu sehen: „Unter Berücksichtigung der bei Soldaten (...) zu erwartenden traumatischen Akutversorgung (äußere Verletzungen) sollten geeignete zivile Krankenhäuser bestimmte Kriterien erfüllen. Sie sollten über spezifische (...) Fachgebiete wie Orthopädie, Urologie, Neurochirurgie, Mund-Kiefer-Chirurgie verfügen.“(2) Entsprechendes ließ sich aus einem Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums an einen Mitstreiter im Bremer Friedensforum herauslesen, in dem es unter anderem wörtlich hieß: „(...) Die Bundeswehr hat auf die positive sicherheitspolitische Entwicklung der letzten Jahre auch dadurch reagiert, dass sie sich von dem in früheren Jahren bestehenden, völlig autarken System einer eigenen Reservelazarettorganisation trennt, und die dennoch weiterhin notwendigen Vorbereitungen für die Lazarettversorgung von Soldaten in enger Anbindung an zivile Krankenhäuser realisiert.“

Betriebsräte wurden übergangen, Arbeitsbedingungen diktiert die Bundeswehr

Der Personalrat des RK-Krankenhauses war enttäuscht und verärgert über die Geheimniskrämerei der Bremer Klinikleitung, denn der Wortlaut der „Gemeinsamen Erklärung“ zwischen Krankenhaus und Delmenhorster Lazarettgruppe wurde der Belegschaft lange Zeit vorenthalten. Über ähnliche Erfahrungen konnte die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen auch bei anderen Vertragsabschlüssen berichten. So wurden die Betriebsräte der betroffenen Kliniken, obwohl auf das Personal hier wesentliche Einwirkungen zukommen, offensichtlich im Vertragsverfahren nicht angehört. Unter Umgehung aller demokratischen Spielregeln sind vollendete Tatsachen geschaffen worden, indem sich die Krankenhäuser verpflichteten, für die Soldaten im Sanitätsdienst Ausbilderinnen und Ausbilder zur Verfügung zu stellen. Festgeschrieben wurde auch, dass ziviles Personal zu den klinischen Einrichtungen der Bundeswehr abgeordnet werden kann und umgekehrt. Die Bundeswehr versucht, dergestalt Einfluss auf die Arbeitsverträge mit den Beschäftigten zu nehmen, dass diese einem Einsatz in einem Bundeswehrkrankenhaus nicht mehr wi-



und hochentwickeltem medizinischen Know-How zwischen Lazarettkomplexen der Bundeswehr und zivilen Spezialkliniken vor. Im Vertragstext heißt es: „(...) Eine enge Zusammenarbeit schon zu Friedenszeiten in Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der gemeinsamen Nutzung von Material und Gerät bilden die Grundlage für eine derartige Kooperation(...) Unbeschadet der generellen Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung hat dieser Rahmenvertrag die gemeinsame

dersprechen können. Danach soll das zivile Personal von Militärärzten Befehle entgegennehmen können. Aus einem knapp besetzten Pflgeteam kann der einzelne Mitarbeiter mitsamt technischem Gerät innerhalb von sechs Stunden abkommandiert werden. Gerechtfertigt wird dies alles mit der Behauptung, das vorhandene klinische Potenzial sei im Falle der „Landes- und Bündnisverteidigung“ optimal für die Versorgung aller – Soldaten wie Zivilisten – effektiv und zum beiderseitigen Vorteil nutzbar. Genau dies wurde von der Bremer Klinikleitung auch immer behauptet.

Im Mai 2001 fand im RK-Krankenhaus eine Personalversammlung statt, auf der sich die Beschäftigten mit den Konsequenzen aus dem Vertrag auseinandersetzten. Damals wurde ein neuer Verwaltungsdirektor eingesetzt, und ein junger Bundeswehrarzt schloss eine Ausbildung im Hause ab. Laut Betriebsrat sind bisher keine konkreten Auswirkungen im Klinikalltag spürbar geworden, aber

die Grundlagen für die Zusammenarbeit in künftigen Kriegen und Krisen sind festgeschrieben. Es gab schon immer traditionell sehr enge Beziehungen zwischen dem Roten Kreuz und dem Militär. Daher ist davon auszugehen, dass die RK-Krankenhäuser für die Bundeswehr auch weiterhin bevorzugte Objekte ihrer Begehrlichkeiten bleiben.

Wieland von Hodenberg

(arbeitet im Bremer Friedensforum seit der Gründung im Jahre 1983 mit.)

- 1 <http://www.imi-online.de/2005.php3/download/links/fpdf/fpdf/print.php3?id=955>
- 2 http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0x-PLMnMz0vM0Y_QjzKLd443DgwBSUGYAfqR6GIBIQixoJRUFw99X4_83FT9AP2C3NCickdHRQAIYgRn/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ18xRkVU?yw_contentURL=/C1256EF4002AED30/N264HLDK731MISDE/content.jsp

Bremer Raumfahrtindustrie und Flüchtlingsabwehr für die EU

Nach den Anschlägen vom 11.09.2001 hat sich auch in der EU ein neuer Begriff von „Sicherheit“ herausgebildet. In der Wahrnehmung der Verantwortlichen verschwimmen die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Bereichen, mögliche Bedrohungen gehen kaum noch von regulären Armeen aus.

Auch die Bremer Rüstungsindustrie hat sich längst auf diese Veränderungen eingestellt. So macht etwa Atlas Elektronik auf seiner Homepage Werbung für Überwachungssysteme, die sich vor allem auf Terrorbekämpfung und die Abwehr illegaler Migration richten. Für die EU-Küstengebiete, die als besonders bedroht angesehen werden, bieten sowohl Atlas Elektronik als auch EADS so genannte „Integrierte Küstenschutzsysteme“, das heißt Kombinationen von Wärmebild-, Video, Radar- und Satellitenüberwachung. Ein Feld, an dem sich der Wandel des Sicherheitsbegriffs modellhaft verfolgen lässt und das in den letzten Jahren stark militarisiert wurde, ist die Raumfahrt. So soll die EU nach EU-Kommissar Verheugen zur „Weltraummacht“ werden. EU-weit gibt es zwei Großprojekte – beide führen nach Bremen.

So haben sich die beiden Bremer Firmen EADS Astrium und OHB den Zuschlag für das Projekt Galileo bereits gesichert. Galileo ist ein Konkurrenzprojekt zu GPS und soll Mountainbiker genauso sicher ans Ziel führen wie Soldaten oder Fernraketen. Die Vergabe nach Bremen ist kein Zufall. EADS Astrium ist Europas größter Produzent für große Satellitensysteme, OHB kann dasselbe in Bezug auf kleinere Satelliten-



systeme für sich beanspruchen. Bremen ist somit nicht nur einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD, sondern auch einer der größten Raumfahrtstandorte der gesamten EU. Mehr als ein Drittel der in der Bundesrepublik in der Raumfahrtindustrie Beschäftigten arbeiten in der Hansestadt.

Allround-Überwachung durch Satellitenmanagement

Das zweite Standbein der EU-Raumfahrtspolitik heißt GMES, Global Monitoring for Environment and Security. GMES soll alle möglichen europäischen Satelliten miteinander vernetzen (beziehungsweise eigens für GMES entwickelte Satelliten ins All bringen), zudem sollen auch umfassend Radarstationen an Land



oder auf Schiffen oder optische Beobachtungssysteme auf Flugzeugen genutzt werden.

Zahlreichen Werbebotschaften zufolge soll das GMES-Projekt vor allem Erdbeobachtungsdaten für die Umweltforschung liefern. Für diese Zwecke sind aber die Ansprüche des Projektes gerade an die neu ins All zu schießenden Satelliten sowie an die Datenverwaltung stark überdimensioniert. Denn geplant ist ein möglichst lückenloser weltweiter Scan, in Echtzeit und unter Zuhilfenahme modernster Verschlüsselungstechnologie. Umweltbeobachtung benötigt all dies nicht. Vielmehr machen diese Kriterien nur dann Sinn, wenn man weiß, dass es bei GMES um eine permanente Überwachungstätigkeit geht.

Die durch GMES vernetzten Überwachungssysteme sollen zur militärischen Aufklärung genutzt werden. Als eines der Hauptanwendungsgebiete für GMES ist jedoch die permanente Überwachung der EU-Grenzen zu nennen. Für die Aufgabe aggressiver Flüchtlingsabwehr, gerade in den Meeren vor der EU, eignen sich die vorgenannten Kriterien globaler Überwachung ausgezeichnet. Volker Liebig, Direktor der Europäischen Weltraumagentur ESA, hat diese Aufgabe mit den Worten umrissen, es gehe „um weltraumgestützte Überwachung illegaler Migration“. Dementsprechend soll die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX

prominenter Nutzer der GMES-Überwachungsdaten werden. Die Grenzschutzagentur FRONTEX koordiniert die europäische Grenzpolitik; ihr Auftrag ist die Abwehr von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen. Mit diesem Ziel stimmt FRONTEX die verschiedenen Grenzpolizeien der EU-Länder aufeinander ab, führt Manöver zur Bekämpfung von boatpeople durch. Zudem spioniert FRONTEX Flüchtlingsrouten und Infrastruktur aus. So wurden zum Beispiel Satellitenbilder der Küste Westafrikas dazu genutzt, Produktionsstätten für Flüchtlingsboote auszumachen.

FRONTEX ist keiner Stelle der EU gegenüber rechenschaftspflichtig und entzieht sich so jeder demokratischen Kontrolle.

Bremen macht FRONTEX gegen Flüchtlinge

Ins GMES-Programm fließen bis 2013 ca. sechs Milliarden Euro. Davon möchte auch Bremen profitieren. Der Senat hat die Beteiligung an GMES zu einem der Schwerpunkte seiner Raumfahrtförderung erklärt und gemeinsam mit den genannten Firmen schon frühzeitig eine Hochglanzbroschüre aufgelegt, um sich in Brüssel als der Luft- und Raumfahrtstandort in der BRD zu empfehlen. Zentral soll das ge-

plante CEON (Center for the Promotion of Communication Earth Observation and Navigation) die



GMES-Aktivitäten in Bremen koordinieren.

Auf kommerzieller Seite sind an GMES zuvorderst die Rüstungsfirmen OHB und EADS Astrium beteiligt. GMES greift heute schon auf die von EADS Astrium gebauten Terra SAR X Satelliten zurück; zudem sollen auch fünf neue EADS-Satelliten für GMES ins All geschossen werden. OHB ist der Shooting Star der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie in Bremen und machte sich in letzter Zeit durch die Produktion des Satellitensystems SAR Lupe für die Bundeswehr einen Namen. Beide Firmen werden gerne in der

regionalen Presse erwähnt, da sie trotz der Wirtschaftskrise gute Gewinne machen – jede kritische Betrachtung der Produktion unterbleibt.

OHB und EADS Astrium sind federführend bei DeMarine-Sicherheit, das aus bundesdeutscher Sicht eines von drei zentralen GMES-Projekten ist. Dabei soll es

auch gleich Nutzer gefunden werden, denen man die so entwickelten Lösungen verkaufen kann. Beteiligt an diesem Projekt sind neben EADS Astrium und OHB das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum sowie das Fraunhofer-Institut. Koordiniert wird die DeMarine-Sicherheit von GAUSS, Gesellschaft für angewandten Umweltschutz und Sicherheit, einer öffentlichen Gesellschaft, die vom Land Bremen sowie den beiden Hochschulen Bremen und Bremerhaven getragen wird.

Bremer Raumfahrtfirmen entwickeln – gefördert vom Land, koordiniert von einer öffentlichen Gesellschaft – somit Technologien, die direkt für die Erfordernisse der Grenzsicherung entworfen werden und sind damit auch Lieferanten von Überwachungstechnik für die Grenzschutzagentur FRONTEX.

Die Bremer Raumfahrtindustrie beteiligt sich so an dem Krieg gegen Flüchtlinge, wie er im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln geführt wird und der schon jetzt Zehntausende Tote gefordert hat. Die aggressive Politik der EU, an den Außengrenzen koordiniert von FRONTEX und zukünftig unter Zuhilfenahme von Satellitentechnologie made in Bremen, wird das Massengrab in den Meeren immer größer wer-

den lassen. Denn Menschen, die vor Krieg flüchten, vor Hunger, vor der Versteppung ihrer Region, vor Armut, werden sich von dieser Flucht nicht abhalten lassen. Sie werden jedoch versuchen, der Überwachung zu entgehen, indem sie immer gefährlichere Routen in immer kleineren Booten zurückzulegen versuchen.

Mit der GMES-Satellitenüberwachung erzielen EADS und OHB nicht die größten Gewinne verglichen mit ihren sonstigen Rüstungsaufträgen. Dennoch wird hieran beispielhaft deutlich, wie sehr auch die vermeintlich zivile Nutzung der Satellitentechnik von Europäischen Sicherheitsinteressen und Militärpolitiken bestimmt ist und wie sich die EU mit Hilfe der Raumfahrttechnik vor den Folgen und vor den Opfern ihrer eigenen Ausbeutungspolitik abschotten will.

Bremer Bündnis gegen FRONTEX



einerseits darum gehen, ein Netzwerk von Firmen auf den Weg zu bringen, das Lösungskompetenzen zu Fragen der Überwachung der Meere entwickelt, und das heißt auch: zur Abwehr von Flüchtlingen. Andererseits sollen

Militär und Rüstung werden durch die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. (GfW) ideologisch unterstützt

Im April 2009 hat der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe die mangelnde moralische Unterstützung der Bundeswehr durch die Gesellschaft beklagt.¹ Trotz der in den letzten zehn Jahren verstärkten Militarisierung der Gesellschaft sind maßgebliche Vertreter im politischen Leben mit dem Verhältnis der Bevölkerung zur Bundeswehr unzufrieden. Auf den Afghanistankrieg bezogen bedeutet das Folgendes: Für diese Politiker und Militärs reicht es nicht aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung, obgleich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan eingestellt, keinen Widerstand gegen diesen Krieg leistet. Sie verfolgen das Ziel, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr bejaht und unterstützt.

Die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.“, bereits 1952 als „Gesellschaft für Wehrkunde“ gegründet, gehört zu den Vereinen und Einrichtungen, die eine höhere Akzeptanz des Militärischen in der Bevölkerung verfolgen. Sie veranstaltet Seminare, Informationstagungen, Vorträge, Info-Reisen und Truppenbesuche und gibt die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“² heraus. Zu ihrer

Zielsetzung gehört die „Erhaltung der allgemeinen Verteidigungsbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Streitkräfte.“ Der Landesbereich Niedersachsen und Bremen beschreibt seine Arbeit u.a. mit den Worten: „In gewissem Umfang vermag die GfW Informationsdefizite zu kompensieren, die durch die abnehmende Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und die geringere Anzahl von Wehrpflichtigen unvermeidbar entstehen.“



Der Landesbereich Niedersachsen und Bremen veranstaltet in Bremen regelmäßig sehr gut besuchte Vortragsveranstaltungen, die vorzugsweise in den Räumen der Handelskammer Bremen (Haus Schütting), aber auch im „Haus der Wissenschaft“ stattfinden.

Im Minenfeld der Begriffe

Konteradmiral Kronisch über Auslandseinsätze der Bundeswehr

Von Joerg Helge Wagner

BREMEN. Bremen spielt nur als Gastgeber eine Rolle: Konteradmiral Jens-Volker Kronisch, Befehlshaber des Wehrbereichs I Küste, wendet sich gleich „dem Hinduksch“ zu. Auf dem Neujahrsempfang der Bundeswehr in der Oberen Rathaushalle redet der Top-Militär nicht lange drum herum: In Afghanistan und bei den anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehe es „um das Eintreten für nationale Interessen“. Der Begriff „Verteidigung“ sei dafür nicht ganz passend, erleichtere aber „die Akzeptanz für diese neuen Aufgaben“.

Allein aus den fünf Küstenländern nehmen ständig rund 700 Soldaten diese neuen Aufgaben wahr – auch in Afghanistan. Ein Kriegseinsatz? Hier wird der Admiral dann doch vorsichtig: Bei seinen Aufenthalten in Afghanistan habe er sich „zwar latent bedroht, aber nicht wie im Krieg gefühlt“. Er begründet dies mit der Sympathie für die Bevölkerung dort und der Abneigung, die „fanatisch und perfide kämpfenden Taliban“ aufzuwerten, etwa als „kriegsvölkerrechtlich zu behandelnde Kombattanten“.

Die Attacken der Taliban kosteten bislang 30 Bundeswehrsoldaten das Leben. Getötet, umgekommen? Nein, Admiral Kronisch sagt „gefallen“. Die Verluste seien „gemessen an der hohen und steigenden Zahl der Angriffe relativ gering“. Die Soldatinnen und Soldaten kennen die Risiken, schließen für sich und ihre Familien Zusatz-

versicherungen ab. „Das Kriegsrisiko ist bei einigen Policen jedoch ausdrücklich ausgenommen“, betont Kronisch und erklärt damit die offizielle Scheu, in Afghanistan von „Krieg“ zu sprechen.

Es ist in jeder Hinsicht vermintes Gelände. Denn der Admiral fordert für seine Soldaten im Einsatz auch größtmögliche Rechtssicherheit. „Es steht eben nicht das Brunnenbohren oder Bauen von Schulen im Zentrum des Auftrages, sondern das Herstellen von Stabilität in unsicheren oder gefährlichen Situationen.“ Mit den juristischen Risiken dabei dürfe man die Soldaten nicht alleine lassen; die beschlossene Kostenübernahme für einen Anwalt durch den Dienstherren sei „eine emotionale und finanzielle Entlastung“.

An politischer Unterstützung fehlte es gestern nicht. „Sie erzeugen in Afghanistan die Sicherheit und Stabilität, die den Wiederaufbau ermöglicht“, betonte Bürgermeister Jens Böhrens (SPD). Das verdiene Respekt und Anerkennung. In Bremen würdige man zudem besonders den Beitrag der Bundeswehr gegen Piraterie am Horn von Afrika.

REDAKTION POLITIK

Telefon: 04 21-36 71 34 05
 Telefax: 04 21-36 71 10 05
 E-Mail: politik@weser-kurier.de
 web: www.weser-kurier.de/politik

Deutliche Worte fand Konteradmiral Kronisch gestern beim Neujahrsempfang der Bundeswehr im Bremer Rathaus. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Im Januar 2009 war General a.D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr zu Gast. Er wurde von einer „Aktionsgruppe gegen NATO-Gewalt“ mit zwei Schuhen beworfen, ohne ihn zu treffen. Anlass für die Attacke war die Forderung Naumanns nach „vorbeugenden nuklearen Angriffen“ der NATO.³

Interessant ist, wer zum 15 Personen umfassenden Kuratorium des Vereins gehört. Neben sieben Militärs werden u.a. Hans Koschnick (Bürgermeister a.D., ehem. „Mostar-Administrator“ und Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung) und Professor Peter Tamm (Verleger) aufgeführt. Über Letzteren erfährt man im Internet nicht nur, dass er langjähriger Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG war,

sondern in seinem eigenen Verlag Koehlers Verlagsgesellschaft mbH Bücher zu militärischen Erfolgen der Naziwehrmacht herausbringt wie: „Gespensterkreuzer HK 33 Pinguin. Auf Kaperfahrt“ und „Hilfskreuzer THOR. Hecht im Atlantik“.⁴

Hartmut Drewes

(Pastor i.R., Sprecher des Bremer Friedensforums)

- 1) Rangiert die Bundeswehr unter ferner liefen? In: Weser-Kurier 21.04.2009
- 2) Z.B. erschienen im Heft von April 2009 zwei Beiträge zur Rüstung: 1. Hermann Muntz, Rüstung in der Luftwaffe - Vielseitig und hochkomplex und Thomas Czirwitzky, Ausrüstung im Systemverbund des Heeres.
- 3) Zivilisten als unvermeidliche Opfer unvermeidlicher Kriege? In Weser-Kurier 16.01.2009
- 4) Der Autor beider Bücher ist Jochen Brennecke. Der Inhalt des ersten Titels wird auf der Verlagsseite mit den Worten umschrieben: „Pinguin war trotz des harmlosen Namens sehr erfolgreich auf den Weltmeeren und hat feindlichen Flotte erheblichen Schaden zugefügt.“

Rüstungskonversion heute

Fragt man nach den Chancen und Möglichkeiten von Rüstungskonversion heute, so muss man - neben den vielen negativen - auch die wenigen positiven jüngeren historischen Erfahrungen, die dazu gemacht wurden, noch einmal reflektieren.

In einer historisch relativ einzigartigen Situation kam Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts das jahrzehntelang kultivierte Feindbild („der Osten“) plötzlich und überraschend abhanden, ohne dass eine Ersatzideologie für die Aufrechterhaltung der Weiterrüstung und globaler Machtansprüche kurzfristig geschaffen werden konnte. Mit der Änderung der globalen strategischen Lage war zugleich die Notwendigkeit eines militärisch-strategischen Paradigmenwechsels und der Reduzierung (und Modernisierung bestimmter Teile) des Militärpotentials offensichtlich.

Unter dieser Bedingung konnte Rüstungskonversion möglich werden als regionale Strategie für bestimmte besonders betroffene Regionen, überwiegend als EU-geförderte Strategie, aber schließlich auch nur nach Maßgabe und unter den Restriktionen der regi-



onalen Industrie- und Strukturpolitik.

Unter diesen Umständen musste eine langfristige ‚Umstrukturierungsdividende‘, von der viele erhofft hatten, dass sie eine Friedensdividende werden würde, erwirtschaftet werden, weil

- die öffentlichen Mittel für die überdimensionierte, nach ‚Osten‘ orientierte, Land-orientierte und konventionelle Militärmaschinerie, mit denen man die staatssozialistischen Länder letztlich niederkonkurriert hatte, nicht mehr aufgebracht werden konnten,
- die Rüstungsindustrie modernisiert und auf die effektiveren und billigeren zivilen („dual-

use') Technologien sowie auf zivile („markt'-orientierte) Organisations- und Kalkulationsprinzipien umgestellt werden musste und

- die traditionellen rüstungsindustriellen regionalen Zentren mit ihrer einseitigen Konzentration in ihrer Entwicklungsfähigkeit gefährdet waren.

Hierfür gab es über zehn Jahre Programmzeit (1991-2000) eine industriepolitische Konversionsförderung der EU-Strukturfonds sowie eine überwiegend auf Umwidmung und Verkauf von Flächen und Militärimmobilen gerichtete Förderstrategie des Bundes.

Das Bundesland Bremen war eine Region mit der dritthöchsten rüstungsindustriellen Konzentration bzw. dem dritthöchsten beschäftigungspolitischen Gefährdungspotential in der EU, mit einer insgesamt altindustriellen Vorbelastung, jedoch auch mit einer relativ effektiven Stadtstaats-Struktur der kurzen Entscheidungswege und einer gewissen Erfahrung mit proaktiver, den Strukturwandel ein wenig gestaltender Wirtschaftsstrukturpolitik. Eine solche Gebietskörperschaft hatte unter diesen Bedingungen Chancen, für ein knappes Jahrzehnt lang mit intelligenter Antragsstra-

ategie, geschickter Mittelkombination und eigenem Mittelaufwand, eine aktive Rüstungskonversion zu betreiben. Dies ist in der Tat gelungen und EU-weit als nicht nur intelligente sondern vom Ergebnis her (und im EU-Vergleich) sogar als erfolgreiche regionale Strukturpolitik beurteilt worden.

Regionale Voraussetzung war eine politische Mobilisierung in Bremen pro Konversion bei Gewerkschaften, Betriebsräten, betrieblichen Vertrauensleuten, einzelnen Politikern, der Friedensbewegung, bei Wissenschaftlern und in der Universität insgesamt, der Stiftung Rüstungskonversion, bei einzelnen Unternehmern sowie in Teilen der SPD und der Grünen. Dies ermöglichte eine gesellschaftliche Begleitung dieser Umstrukturierung („Beraterkreis', Gutachten, Veranstaltungen), die in Ansätzen einen demokratischen und partizipatorischen Prozess etablierte, der tatsächlich über ein Jahrzehnt lang lebendig war, gewirkt und vieles bewirkt hat.

Innerhalb der engeren industriepolitischen Prozesse war zusätzlich noch die Entwicklung intelligenter Strategien, Strukturen und Prozesse erforderlich, wie zum Beispiel ein etwas bürokratieferes Management („Konversionsbeauftragter' mit ‚Steuerungs-

gruppe') sowie ein intelligentes Networking. Angesichts der Größenordnungen der Gelder sorgte nicht primär der monetäre ‚Pull'-Effekt dafür, dass die meisten Unternehmen in Bremen reale betriebliche Umstrukturierungsprojekte durchführten – die dann wiederum erhebliche reale und auch klimatische und Bewusstseins-Wirkungen bei den betrieblichen Beteiligten hervorgerufen haben.

Die anfängliche Unsicherheit auf Seiten der Firmenleitungen, verursacht durch die erschreckende Inkompetenz der Bundesregierungen sowie durch die Ideenlosigkeit und Überfordertheit der verschiedenen beteiligten Bundesverwaltungen in Sachen Strukturgestaltung und Zukunftsvorsorge, war dafür anfänglich ein fördernder Faktor, hätte jedoch allein kein halbwegs erfolgreiches Jahrzehnt der Rüstungskonversion generieren können.

Schauen wir uns die Erfahrungen an, um Folgerungen für eine künftige Rüstungskonversion entwickeln zu können.

Das Beispiel des Rüstungssektors und der Rüstungskonversion im Lande Bremen in den neunziger Jahren

Das Problem und die gesellschaftlichen Reaktionen

In Bremen waren 1989 neun Prozent der Arbeitsplätze des Verarbeitenden Gewerbes direkt sowie



16% direkt und indirekt rüstungsabhängig. Den Rüstungssektor bildeten im Wesentlichen zwölf große und mittelgroße Unternehmen, von denen ein beträchtlicher Teil Hauptauftragnehmer war. Der bremische Rüstungssektor bestand zum Ausgangszeitpunkt des Problems (1989) vor allem aus Elektronik (40%), Schiffbau und -reparatur (31%) sowie Luftfahrzeugbau und sonstigen Fahrzeugen (25%).

Im Vergleich zu seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt war Bremen zu diesem Zeitpunkt mit Abstand das rüstungsabhängigste Bundesland. 1992 wurde Bremen in Bezug auf seine direkte Rüstungsabhängigkeit von der EU-Kommission auf Platz 3 der damals 12 EU-Staaten) gesetzt (s. EU-Kommission 1992). In dem entsprechenden EU-Bericht wurde Bremen als gegenüber Einschnitten im Rüstungssektor besonders stark gefährdet eingestuft. Er betrachtete fast 30.000 Arbeitsplätze (ca. 5,5% der gesamten bremischen Arbeitsplätze) in Bremen als bedroht.

Die weitere Entwicklung des bremischen Rüstungssektors verlief tatsächlich dramatisch: Die Beschäftigung nahm zwischen 1992 und 2000 mit bis 47% mehr als doppelt so stark ab wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe, das seinerseits in diesem Zeitraum bereits einen erheblichen Arbeitsplatzabbau verzeichnete.

Bremens Betroffenheit hing aber nicht nur mit der außerordentlichen quantitativen Bedeutung der Rüstungsindustrie zusammen, sondern auch mit der Tatsache, dass - nach entsprechenden Studien und Schätzungen - über 50% der bremischen industriellen Forschung und Entwicklungs-

Tätigkeiten von Rüstungsunternehmen durchgeführt wurden (s. Bremer Senat 1998) und Bremen außerdem bereits unter den Einbrüchen in den anderen Sektoren wie der Schiffbau- und Stahlindustrie litt. Dies erklärt, weshalb von politischer Seite vergleichsweise prompt und proaktiv auf die strukturpolitische Herausforderung reagiert wurde.

Die Ausgangsbedingungen für die Umsetzung einer proaktiven industriepolitischen Konversion waren in Bremen vergleichsweise gut, da der Hauptsitz der meisten regionalen Rüstungsbetriebe zu diesem Zeitpunkt in Bremen lag und ein großer Anteil der Rüstungskapazitäten im Bereich 'Elektronik', also im 'High-Tech'-Bereich angesiedelt war und somit grundsätzlich eher in neue, wachsende, zivile Märkte konvertiert werden konnte bzw. 'dual-use' (sowohl für zivile als auch militärischen Zwecke) fähig war.













Ferner hatte sich innerhalb der lokalen Gewerkschaften bereits seit den siebziger Jahren ein Netzwerk von Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der Konversionsproblematik und alternativer Produktion befassten. Da sich diese Gruppen seit über 15 Jahren an der Konversionsdiskussion beteiligt hatten, war das Netzwerk gut vorbereitet, um auch an der neuen, nunmehr

realen Konversionsdebatte, die 1990 begann, mitzuwirken. Repräsentanten dieses Netzwerkes

waren tatsächlich treibende Kräfte bei der Fortführung dieser Diskussion: Sie schlugen zu fördern-

Waffen, die schon im Frieden zerstören

Großwaffen-Projekte der Bundeswehr
Kosten bis 2015: 90 Milliarden Euro

Waffensysteme ¹⁾ (Auswahl)	Anzahl Stückpreis in Euro	Gesamtkosten ²⁾ in Euro	Zivile Alternativen ³⁾
 Eurofighter seit 2003	180 St. à 129,5 Mio. (incl. Waffen)	23,3 Milliarden	 215.740 Sozialwohnungen à 70 qm (à € 108.000)
 Kampfhubschrauber Tiger seit 2005	80 St. à 63,8 Mio. (incl. Waffen)	5,1 Milliarden	 1000 Pflegerheime à 60 Plätze (je € 5,1 Mio.)
 Transporthubschrauber NH 90 seit 2006	134 St. à 30,1 Mio.	4,0 Milliarden	 305 Berufsbildungszentren à 500 Azubi (je € 13,1 Mio.)
 Militär-Airbus A400M ab 2011	60 St. à 155 Mio.	9,3 Milliarden	 7.154 Kindertagesstätten à 4 Gruppen (je € 1,3 Mio.)
 Schützenpanzer Puma ab 2010	410 St. à 11,7 Mio.	4,8 Milliarden	 1.655 Grundschulen à 200 Schüler (je € 2,9 Mio.)
 Fregatte F 125 ab 2014	4 St. à 672 Mio.	2,7 Milliarden	 563 Sport/Mehrzweckhallen à 2 Felder (je € 4,8 Mio.)

1 Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2009 (Generalinspekteur 10.6.2008)

2 Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige Forschung & Entwicklung und Erprobung

3 Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren). Nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2008 deutscher Architektenkammer

isw grafik bb

de Konversionsprojekte vor und Verbesserungen bei der Förderpraxis im Rahmen des zu der Zeit vom Senat beschlossenen Bremischen Konversionsprogramms (BKP). Teilweise waren die Repräsentanten dieses Netzwerkes als Vertreter der Gewerkschaften auch im ‚Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm‘ vertreten. Schließlich hat dieses Netzwerk selbst auch Fördermittel im Rahmen des BKP bezogen, um ein Netzwerk zu gründen, das aus europäischen betrieblichen Vertrauensleuten bestand. Dies arbeitete vier Jahre lang.

Ähnliches trifft auch auf die universitäre Konversionsdebatte zu. Hier waren einige überregional bekannte Politikwissenschaftler, Historiker und Ökonomen über viele Jahre führend an der Konversionsdebatte beteiligt. Und sie sorgten zeitweise für eine erhebliche Präsenz der Thematik in den regionalen Medien. Zwei Vertreter der Universität wurden vor diesem Hintergrund Mitglieder des Beraterkreises.

Die SPD, die das Land Bremen seit den frühen siebziger Jahren allein regiert hatte, war lange Zeit von der wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Konversionsdiskussion beeinflusst. So war beispielsweise der spätere Präsident des Bremer Senats, Henning

Scherf, Ende der achtziger Jahre Gründungsmitglied der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Diese Stiftung beteiligte sich kontinuierlich an der regionalen Konversionsdebatte und setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Friedensbewegung, Gewerkschaftern, Vertrauensleuten bremischer Rüstungsunternehmen und eine Zeitlang auch einigen Repräsentanten politischer Parteien.

Schließlich hat auch das bremische Wirtschaftsressort schnell auf die regionalisierten Statistiken zu den Rüstungsausgaben reagiert, die erstmals 1990 von der Bundesregierung veröffentlicht wurden. Unmittelbar nach der Veröffentlichung wurde eine Studie vom Wirtschaftssenator herausgegeben, in der Bremens Rüstungsabhängigkeit in Relation zu den anderen deutschen Bundesländern dargestellt wurde; ferner wurde ein umfassender Bericht zu den Abrüstungsfolgen und den Möglichkeiten einer regionalen Konversionsförderung erarbeitet.

Der ‚Abrüstungs- und Konversionsbericht‘ von 1991 (Elsner, Voss 1991) war bereits Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, indem bei dessen Erarbeitung Diskussionsrunden stattfanden, an denen

Repräsentanten bremischer Rüstungsunternehmen (sowohl der Arbeitnehmer als auch der Unternehmensleitungen), die (damals noch zwei) Arbeitnehmerkammern, Gewerkschaften und Vertreter der Friedensbewegung teilnahmen. Arbeitgeberverbände und Industrie- und Handelskammer hatten an der früheren Konversionsdebatte nie partizipiert.

Ein weiterer Faktor waren die persönlichen Verbindungen zwischen Managern und Politikern, innerhalb der besonderen politischen, gesellschaftlichen, institutionellen und Kommunikationsbedingungen des kleinen Stadtstaates. Dies erleichterte es führenden Unternehmen der Rüstungsindustrie, insbesondere der dann zum Bremer Vulkan gekommenen Atlas Elektronik, sich für eine Beteiligung an den regionalen Konversionsanstrengungen zu entscheiden.

Insgesamt lag in Bremen nicht nur ein hoher Organisations- und Interaktionsgrad breiter gesellschaftlicher Interessen vor, sondern es herrschte auch eine industriepolitische Debatte, insbesondere in Bezug auf Rüstungskonversion, was sich insgesamt positiv auf die proaktive politische Einflussnahme auf den Konversionsprozess auswirkte und diesen Prozess förderte.

Der grundsätzliche Ansatz – Querschnittssektoren und Cluster-Politik

Bei der Rüstungsindustrie handelt es sich um einen Querschnittssektor beziehungsweise ein regionales Cluster, das an unterschiedlichen Stellen der amtlichen Industriestatistik erscheint. Bei der Produktion von Systemen wie Schiffen oder Flugzeugen umfasst dieses viele unterschiedliche Zulieferer und Unterauftragnehmer, Dienstleistungsunternehmen sowie sogar Betreiber spezieller infrastruktureller Einrichtungen (Häfen, Flughafen, Forschungs- und Entwicklungsinstitute, Hochschulen etc.). Ist ein solcher Querschnittssektor überdurchschnittlich stark in einer Region vertreten, so ist dies vor allem dann von zentraler Bedeutung für die Region, wenn es sich, wie im Falle der bremischen Rüstungsindustrie, um ein ‚High-Tech‘-Cluster handelt.

Gerade dieses High-Tech-Cluster aber hatte traditionell nur in geringem Maße mit regionalen Zulieferern und anderen bremischen Unternehmen kooperiert. Dies lag zum einen an Geheimhaltungsvorschriften, denen die Rüstungsunternehmen in der Regel unterlagen, zum anderen aber auch an den spezifischen Qualitätsanforderungen der Rüstungs-

produktion. Mit der Diskussion über die Konversion militärischer Produktionskapazitäten, entstand daher auch die Möglichkeit der regionalen Re-Integration dieser Teile der regionalen Wirtschaft und die Frage nach ihrem Potential zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und des regionalen Wachstums.

Moderne Industriepolitik muss sich mit breit definierten und interdependenten sektoralen Komplexen, Querschnittssektoren oder Clustern auseinandersetzen. Wenn solche Cluster als besonders zukunftssträftig für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region eingestuft werden können, also als ‚Wachstumspol‘ oder ‚Schlüsselindustrie‘, dann scheint eine entsprechende industriepolitische Unterstützung gerechtfertigt. Angesichts ihres technologischen Potentials und ihres Querschnittscharakters wurde die Rüstungsindustrie häufig, und nicht nur im Falle Bremens, als Kern künftiger struktureller Entwicklung in einem nicht-militärischen Kontext betrachtet.

Konversion ist dabei als eine anspruchsvolle Form des gesteuerten Strukturwandels zu betrachten. Die Besonderheit hierbei ist, dass während der Umstrukturierung die technischen Fähigkeiten sowie arbeitsorganisatorischen

Zusammenhänge in der Region erhalten bleiben sollen. Dies gelingt nur durch eine intensive und durch eine öffentliche Rationalität unterstützte hochgradige Akteurskoordination und entsprechende Zukunftserwartungen.

Dennoch muss Konversion als Unternehmensstrategie mit den üblichen, aus Sicht der Unternehmen meist zu bevorzugenden, individualistischen Strategien, wie der Erhöhung des Anteils am schrumpfenden Rüstungsmarkt konkurrieren.

In der Tat sind individuelle Akteure (Unternehmen) - insbesondere unter den Bedingungen eines plötzlichen Strukturwandels, der öffentlichen Handlungsinkompetenz, der damit verbundenen starken Unsicherheit und Unfähigkeit zu kollektivem Handeln - subjektiv unfähig, einen progressiven Strukturwandel, der aus Sicht der Region und sogar aus Sicht der Unternehmen vorteilhaft wäre, individuell oder kollektiv zu initiieren. ‚Märkte‘, mit ihrer relativen Anonymität und Isolation der Akteure, und Marktpreise transportieren nicht die notwendigen Informationen und Zukunftserwartungen, um die notwendige komplexe Koordination der Akteure in solchen problematischen Entscheidungssituationen herzustellen.



Folglich findet dieser progressive Strukturwandel, hier: Rüstungskonversion, nicht spontan oder automatisch statt. Er muss - eingebettet in bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen, die in der Regel durch öffentliche Rationalität herzustellen sind und die entsprechende Zukunftserwartungen generieren - initiiert und organisiert werden. Der öffentliche Akteur sollte das regionale strukturelle Ziel klar definiert haben. Nur dann kann er die Rolle des Initiators, Beschleunigers, Stabilisierers und Mediators gegenüber den privaten Akteuren übernehmen.

**Strategie und Maßnahmen:
‚Networking‘, ‚Incentives‘ und
‚Committment‘**

Das Bremer Konversionsprogramm (BKP) wurde vor diesem Hintergrund von der Landesre-

gierung 1992 beschlossen. Mit diesem Programm wurden neue institutionelle Arrangements und strukturpolitische Instrumente eingeführt, die bisher in der regionalen strukturpolitischen Praxis in dieser Form noch so gut wie nicht eingesetzt worden waren, weder in Bremen noch anderswo.

So wurde das regionale Beratungsgremium (‚Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm‘) gebildet, um die Umsetzung des Programms zu begleiten. In diesem Beraterkreis trafen sich die zentralen regionalen Akteure, die vom Konversionsprozess betroffen und an der Konversionsdiskussion beteiligt waren, und es entwickelte sich ein gewisser Austausch zwischen Handelskammer, Angestellten- und Arbeiterkammer, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Repräsentanten der Universität und der Friedensbewe-

gung, während Unternehmensvertreter (Vertreter der Geschäftsführung und des Betriebsrates jeweils eines Unternehmens) als Gäste geladen wurden. Innerhalb der acht Jahre seit seiner Gründung hat der Beraterkreis insgesamt über 20 mal getagt.

Der Senator für Wirtschaft ernannte einen Konversionsbeauftragten, der die Sitzungen des Beraterkreises organisierte und moderierte, die betrieblichen Projekte koordinierte, die finanzielle Umsetzung begleitete, regelmäßige Berichte erstellte, Fortschreibungsentwürfe für das Programm erarbeitete und Kontakt zum Bundeswirtschaftsministerium und zur EU-Kommission hielt.

Ferner wurde eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe gebildet, die sich aus Repräsentanten des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Umwelt- und Arbeitsressorts sowie der Senatskanzlei zusammensetzte und der der Konversionsbeauftragte vorsah. Das BKP forderte auch die Etablierung betrieblicher Konversionsrunden, die sowohl aus Vertretern des Managements als auch aus Arbeitnehmervertretern bestehen sollte. Obwohl nur wenige Unternehmen dies tatsächlich umgesetzt haben, wurde von einem Großteil der Unternehmen zumindest ein betrieblicher Konversionsbeauftragter

ernannt, der nicht nur mit der Unternehmensleitung, sondern in der Regel auch mit den Arbeitnehmervertretern und dem Konversionsbeauftragten kooperierte.

Um den Unternehmen den Konversionsansatz zugänglich zu machen und ihn verschiedenen regionalen Akteuren als wenn nicht unmittelbar gemeinsame, so doch koordinierte Strategie vor Augen zu führen, wurden im Rahmen des BKP weitere spezielle Instrumente etabliert. Hierzu gehörte die prioritäre Förderung von kooperativen und Verbund-Konversionsprojekten (gemeinsam mit anderen Unternehmen beziehungsweise mit regionalen Forschungsinstituten) sowie integrierter Projekte, die Forschung und Entwicklung, Qualifikation, Marketing und Organisationsentwicklung verbanden. Auf diesem Wege wurde die mittelfristige Bereitschaft der Unternehmen, ihre Unternehmensstrategie, ihre Produkte, Technologien und Organisation zu ändern, gestärkt.

Ferner wurde ausdrücklich von jedem Unternehmen, das eine Förderung beantragte, ein so genanntes mittelfristiges Konversionskonzept gefordert.

Schließlich wurden ‚weiche‘ infrastrukturelle Projekte, die ihre eigenen speziellen Planungsgrup-

pen und Beiräte erhielten, entwickelt, um direkt kooperatives konversionsorientiertes Verhalten einzuüben und auch auf diesem Wege zur Realisierung mittelfristiger (struktureller) Konversionseffekte beizutragen und um betriebliche Konversionsprojekte und -produkte im Hinblick auf technologische Anwendungen und Vermarktung zu unterstützen. Ein Beispiel für solche speziellen Infrastrukturen war die Gründung eines Transferinstituts, das sowohl eine Demonstrations- und Testanlage für eine neuartige Kläranlage beinhaltete als auch ein großes Umweltforschungsinstitut an der Universität. Hier konnten die ehemals militärischen Kernkompetenzen

der bremischen Rüstungsindustrie im Bereich der Sensor- und Simulationstechnologie genutzt, weiterentwickelt und in den Bereichen Wasser- und Abwasseranalyse und -aufbereitung eingesetzt werden.

Insgesamt ist das BKP eher in instrumenteller und institutioneller als in finanzieller Hinsicht relevant als Beispiel für eine Weiterentwicklung regionaler Industriepolitik. Der ‚qualitative‘ Ansatz interaktiver Wirtschaftspolitik, die mehr mit Zukunftserwartungen und Networking als mit Subventionen arbeitet, ist daher grundsätzlich ein finanziell schlankerer Ansatz der Wirtschaftspolitik. Es sei betont,

28.12.3.
81

„Konversionsbeirat einsetzen“

Aufruf der Gewerkschafter zum Ostermarsch

wig. Der DGB-Kreis Bremen hat zur Teilnahme am Ostermarsch aufgerufen, der am kommenden Sonnabend um 11 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz beginnt. Die Gewerkschafter forderten den Senat auf, einen „Rüstungskonversionsbeirat“ zu berufen. In diesem Gremium müßten Repräsentanten der Arbeitnehmerkammern, der Betriebsräte, der Wissenschaft, Gewerkschaft und Friedensbewegung vertreten sein.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Hansestadt erinnerte daran, daß in Bremen rund 25 000 Arbeitsplätze mittelbar oder unmittelbar von der Rüstungsindustrie abhängig seien. Zu den Aufgaben des geforderten Konversionsbeirats werde es gehören, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu sichern.

Das Gremium sollte einen Plan entwickeln, auf dessen Grundlage möglichst schnell und sozial verträglich die Herstellung von Rüstungsgütern in eine „friedliche Produktion“ umgewandelt werden könne. Zitat aus dem DGB-Aufruf: „Wir fordern den Senat auf, mit gezielten Zuschüssen und Investitionshilfen für Bremer Rüstungsbetriebe eine beschäftigungspolitisch sinnvolle Umsteuerung zur friedlichen Produktion zu unterstützen.“

Die Gewerkschafter thematisieren überdies den kriegerischen Einsatz im Nahen Osten. Die Probleme der Golfregion, so heißt es, können allein durch Verhandlungen gelöst werden. Der DGB plädiert deshalb für eine Nahost-Friedenskonferenz. In diesem Rahmen müßten Vorschläge entwickelt werden, „die von allen existierenden Staaten und den dort lebenden Völkern akzeptiert werden können“. Ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander der Völker und Staaten in der ganzen Welt, so der DGB, könne nur „durch die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeiten zwischen Nord und Süd erreicht werden“.

Der Evangelische Pressedienst wies darauf hin, daß Pastor Wolf-Udo Smidt, ehemaliger Schriftführer des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche, am Sonnabend um 12 Uhr auf dem Marktplatz zu den Teilnehmern des Ostermarsches sprechen werde. Am Ostermontag, 1. April, starte auf dem Marktplatz ein Fahrradkorsolo in Richtung Garlstedter Heide. Für 15.30 Uhr sei dort eine Kundgebung vor der US-Kaserne geplant.

dass die Projekte der Konversionsförderung überwiegend als technologisch innovativ einzustufen waren, also auch als Teil einer Innovationspolitik angesehen werden könnten, aber natürlich auch stets die Dimension der Erschließung neuer Anwendungsbezüge (Märkte) und – mit der Erschließung ziviler Märkte aus militärischen Märkten heraus – schließlich zugleich die Dimension des Organisationswandels (neue ‚zivile‘ Organisationsformen) für die Rüstungsunternehmen enthielten. Die bremische Konversionsförderung war immer auch zugleich Organisationsentwicklung und gesellschaftliche Mobilisierung von Human- und Sozialkapital.

Ergebnisse

Zwischen 1992 und 2001 wurden über 60 betriebliche Konversionsprojekte und mehr als ein Dutzend konversionsrelevante infrastrukturelle Projekte im Rahmen des BKP gefördert und durchgeführt. Zehn der zwölf Unternehmen, die an der laufenden Erhebung zur Entwicklung der bremischen Rüstungsindustrie beteiligt waren, bezogen Fördermittel des BKP. Zusätzlich beteiligten sich einige Ausgründungsunternehmen und Beschäftigungsgesellschaften sowie individuelle Existenzgründer, die sich mit Konversionsprojekten

aus Rüstungsunternehmen ausgegründet hatten, an der Konversionsförderung. Sie alle machten zunehmend Umsatz und Gewinn mit Produkten, die durch das BKP gefördert wurden.

Insgesamt wurden die regionale industrielle Struktur sowie der Innovationsstand und die organisationalen Kompetenzen der Rüstungsunternehmen bzw. ehemaligen Rüstungsunternehmen deutlich verbessert. Die Unternehmen betreten verstärkt wachsende zivile Märkte.

Die laufenden statistischen Erhebungen zeigten, dass fast ein Drittel der Rüstungsbeschäftigten, die zwischen 1992 und 2000 - statistisch gesehen - ihren Rüstungsarbeitsplatz verloren haben, durch innerbetriebliche Konversion in den zivilen Bereich überführt wurden. Das bedeutet, dass fast 15% aller rüstungsabhängigen Arbeitsplätze von 1990 bis zum Jahr 2000 konvertiert wurden.

Beurteilung

Insgesamt war dieser Cluster- und Netzwerk-orientierte regionalpolitische und industriestrukturpolitische Ansatz in dem Sinne erfolgreich, dass er einen merklichen Anteil der Produktion, des Forschungs- und Entwicklungspotentials und der Beschäf-

tigung während der neunziger Jahre durch Konversion aufrechterhalten und in der Region halten konnte, der ansonsten mit erheblicher Wahrscheinlichkeit vernichtet worden wäre.

Die mit der Konversion gestiegene Produktivität hat den ehemaligen Rüstungsunternehmen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre allerdings auch die Möglichkeit verschafft, Entlassungen (sowohl im zivilen als auch militärischen Bereich) vorzunehmen, und zwar umso mehr je mehr sie durch Konversion an Produktivität gewannen. Dennoch war das Ergebnis für die Region insoweit positiv, als

- eine diversifiziertere, innovativere und nachhaltigere industrielle Struktur entstanden ist,
- sich die Anzahl der Unternehmen stabilisiert hat und
- sich die regionalen Netzwerkstrukturen verbessert haben.

So betrachtet hat Bremen in diesem Cluster eine industriepolitische ‚high road‘ der Umstellung (statt einer ‚passiven Sanierung‘) gewählt, um auf die Herausforderungen des Rüstungssektors und die Potentiale der Konversion zu reagieren.

Allerdings wurde dieser Ansatz der vorausschauenden Regional- und Strukturpolitik (und in Ansätzen auch der regionalen Friedenssicherungspolitik) in Bremen im Zuge der Auseinandersetzungen um die ‚extreme Haushaltsnotlage‘ und die Entwicklung einer neoliberalen Strategie der ‚Sanierung‘ des öffentlichen Haushaltes, durch ‚Sparen‘ zu Lasten der normalen Menschen und ‚Investieren‘ zugunsten zeremonieller Großprojekte, nicht weiterentwickelt und verallgemeinert sondern vielmehr überlagert und zunehmend abgelöst durch ein umfassendes sozialstrukturelles und gesellschaftspolitisches Umbau- und Rückverteilungsprogramm – mit weitreichenden negativen Konsequenzen für Arbeit und Gesellschaft im Stadtstaat.

Schlussfolgerung: Rüstungskonversion heute?

Es sollte deutlich geworden sein, dass selbst die reduzierte Form der regional- und industriepolitisch dominierten und beschränkten Rüstungskonversion (und der nur noch in Spurenelementen darin aufgehobenen aktiven und vorausschauenden Friedenssicherungspolitik) bereits anspruchsvolle Rahmenbedingungen voraussetzt.

Dazu gehörte

- ein massiver aufgestauter systemischer Umstrukturierungsbedarf auf nationaler Ebene aufgrund einer zentralen internationalen Bedingungsänderung,
- eine plötzliche ideologisch-strategische Schwäche in den herrschenden nationalen, EU- und NATO-Machtkonstellationen und -mechanismen, sowie
- eine relative Stärke, Kompetenz und Vorbereitetheit der proaktiven Kräfte der Zukunftsvorsorge, die sich dann, zumindest vorübergehend, mit breiteren regionalen (hier mit strukturpolitischen und unternehmenspolitischen) Interessen verbinden konnten.

Offensichtlich war selbst diese elementare Bedingungskonstellation in Deutschland keineswegs generell sondern im Gegenteil eigentlich sogar nur in Bremen gegeben.

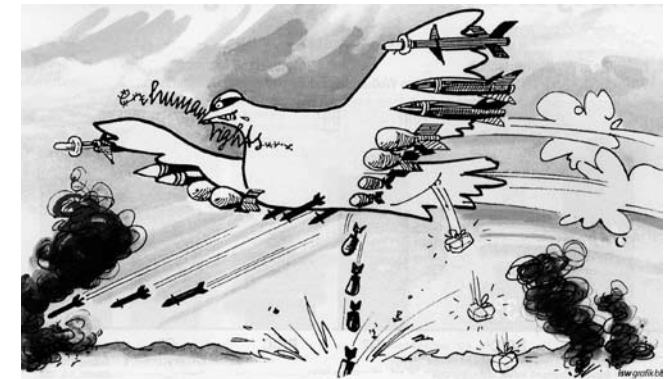
Das Pendel der relevanten Kräftekonstellation ist jedoch seit Mitte der neunziger Jahre massiv zurückgeschwungen. Ein neues ideologisches Feindbild (,der Terrorist', ,der Araber', ,die allgemeine Unsicherheit', ,die Gefährdung

unserer Rohstoffe', ,der Krieg gegen den Terrorismus', ,der Krieg der Guten gegen die Schurken', alles aufbauend auf der ,Schock-Strategie' des ,11. September', aber auch ,der erstarkte Chinese', und Vieles mehr) konnte relativ schnell und nachhaltig generiert werden. Unser Autofahrerparadies, unsere überbordenden Supermarktregale und der globale Verkauf unserer industriellen Überproduktionen werden heute mit massivem militärischen Einsatz, vulgo Krieg, einer schnell herzitierten ,internationalen Gemeinschaft' an den Pipelines des Südirak, Afghanistans, Zentralasiens, an den neuen Lagerstätten Ostafrikas und wo immer nötig gegen seit Jahrhunderten gegängelte, ausgeplünderte, gedemütigte, hungernde Völker ,humanitär verteidigt'. Diesem herrschenden Paradigma, das zudem eine Einheits-Medienmaschinerie mit unverhohlener Gewalt- und Kriegslust verbreitet, steht heute keine massenwirksame Aufklärung, weder von Kirchen oder Gewerkschaften noch von den vielbeschworenen NGOs, entgegen. Der Neoimperialismus hat vielmehr eine breite Basis in fast allen Parteien, die fast alle miteinander ,können', obgleich Regierungen gerade mal noch ein Drittel der Wahlberechtigten hinter sich haben.

Hier scheint jeder Ansatz einer günstigen Bedingungskonstellation für Rüstungskonversion zu fehlen. Kirchenbürokratien und Gewerkschaftsführungen sitzen teils handzahn, ängstlich und angepasst, teils offensiv profitierend im Schoss des herrschenden Paradigmas. Die SPD und die Grünen sind zu neoliberalen Parteien mit ihren jeweils ganz eigenartigen Psychologien der sozialen und internationalen Aggressivität geworden.

Gleichwohl, es bleibt nichts wie es war, und die globale Krise des Kapitalismus ist tiefer, umfassender und selbstbeschleunigender als sie es je war. Lösungen und selbst simpelste proaktive Reaktionen und Vorsorgestrategien im Sinne eines vernünftigen Systemerhalts bei den Regierungen und ,Eliten' sind nicht mehr erkennbar. Die größte und globalste Finanzkrise und realwirtschaftliche Depression, verschärft durch die strukturellen Nahrungsmittel-, Rohstoff-, Klima-, Verteilungs- und moralischen Krisen lassen keine konventionellen Lösungen im Rahmen des Kapitalismus mehr zu, die auch nur noch kurzfristig tragfähig wären. Die Welt wird in zehn Jahren eine völlig andere sein. China

wird mit einem halbwegs intelligenten gemischtwirtschaftlichen System, das noch zu mittelfristigem und gesamtsystemischem Handeln fähig ist, die Nummer 1 werden, die USA werden Nummer 2 in einem Abwärtskampf, in dem sie die ganze Welt mit-



zureißen drohen, Lateinamerika emanzipiert sich in Richtung auf erkennbar fortschrittliche Lösungen, China und Venezuela geben eingebettete Kredite an sich entwickelnde Länder zu akzeptablen Konditionen, Kuba versorgt die ,3. Welt' mit Ärzten und guten und billigen Medikamenten, Südostasien und Teile Afrikas werden selbstbewusster und stärker, keine einfachen Rohstoffbasen und Abnehmer unserer Überproduktion und unseres Giftmülls mehr.

Unter den gegebenen ideologischen und Macht-Bedingungen und -Trends kann das bedeuten, dass die USA und die EU die Welt

endgültig mit ‚humanitären‘ imperialistischen Kriegen überziehen. Sie werden die schon so erfolgreich eingeübte neoliberale Strategie der Schock-Strategie, wie sie von Naomi Klein in ihrem Buch gleichen Titels für die letzten 40 Jahre so überzeugend und materialreich nachgewiesen wurde, künftig noch systematischer einsetzen: ‚Produziere Katastrophen wo möglich, setze die Menschen unter Schock, nutze Katastrophen und Schockzustände, um die weitestgehenden und brutalstmöglichen Veränderungen in deinem Sinne durchzusetzen, produziere Turbulenzen und Zukunftsängste und verkaufe den Leuten deine Sicherheitskonzepte, fahre die politische Ernte der Armut und der Angst ein!‘ Falls die Welt das überleben sollte, könnten die Überlebenden noch erleben, wie die USA und die EU an ihren Kriegen zugrunde gehen.

Unter diesen Bedingungen setzen die Herrschenden in Deutschland und der EU auf die notwendigerweise immer aggressiver werdende globale Machterhaltungsoption, nach innen wie nach außen, damit sich Kapital überhaupt noch in Ansätzen nach den Kriterien des Kapitalismus verwerten und vermehren kann. Auch wenn Steuergelder für Jahrzehnte gebunden werden, um den Schutzschirm für die mächtige Klientel

der Reichsten der Reichen aufzuspinnen.

Diese Situation ist völlig unvergleichbar mit der relativen Schwäche, ideologischen Suche und dem Umstrukturierungsdruck Anfang der neunziger Jahre, die die Konversion punktuell hat Realität werden lassen. Rüstungskonversion wird keine zugestandene Option der Herrschenden mehr sein - selbst wenn die letzte Option zur Realisierung einer Kapitalrendite ist, den Gegnern in aller Welt die Waffen zu verkaufen, damit die finalen Kriege noch durchgeführt werden können.

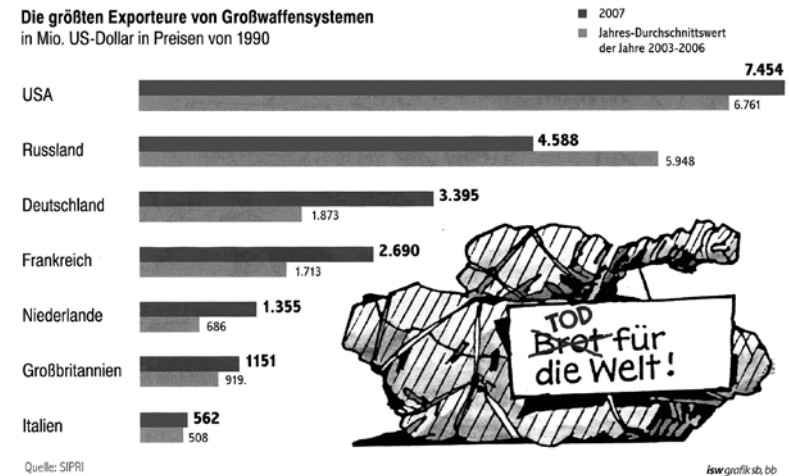
Die Konversionsforderung kann nicht mehr auf eine Schwäche oder ein Entgegenkommen seitens ihrer Adressaten setzen. Sie kann nur noch darauf setzen, dass die Frustration über die Unfähigkeit der Herrschenden massenhaft wird, die Logik der Schock-Doktrin durchschaut wird und der humanitär-ökologische Impuls trotz zunehmenden Chaos, Niedergangs und täglichen Überlebenskampfes die Oberhand gewinnt. Die kumulierenden Krisen werden dabei den Reaktions- und Handlungsrythmus diktieren und wenig Spielraum lassen.

Aber selbst dafür ist es erforderlich, die Friedens- und Konversionsforderung heute konkret

auch regional (zum Beispiel in Bremen) zu artikulieren. Der Inkompetenz, Dummheit, verkappten Hilflosigkeit und aggressiven Handlungsverweigerung der Herrschenden gegenüber den normalen Menschen kann dabei die kleine regionale indus-

sich neu beleben lassen. Über breitmische Rüstungsforschung, -entwicklung und -produktion, Rüstungsexport und entsprechende Hafenpolitik muss weiter konkret und fachlich professionell informiert werden.

Die größten Exporteure von Großwaffensystemen
in Mio. US-Dollar in Preisen von 1990



triepolitische Erfolgsgeschichte gelungener, professioneller Rüstungskonversion als geordneter Umstrukturierung und Beweis kollektiver Handlungskompetenz entgegengehalten werden.

Bremen hat immer noch viele drängende Gründe, aber auch viele Potentiale dafür, dass die Rüstungskonversionsforderung hier relativ erfolgreich werden könnte. Der Rüstungs-Rollback seit Mitte der neunziger Jahre hat auch in Bremen das einst ein wenig zurückgefahren Rüstungszentrum

Die Erfahrung unserer kleinen Erfolgsgeschichte zeigt, dass man mit guten Alternativen vorbereitet sein muss. Die Rahmenbedingungen wird man so nicht beeinflussen können, aber nichts bleibt wie es war, und die Veränderungen werden kommen, von außen, und massiv. Und wahrscheinlich werden sie schlimmer sein, als wir erhoffen. Dann aber sollten die guten Alternativen ausgearbeitet und bereit sein. Rüstungskonversion steht dann für Humanität gegen Inhumanität, für Professionalität gegen Inkompe-

tenz, für eine Ordnung der einfachen Menschen gegen das Chaos der ‚Eliten‘, für das Überleben der Menschheit gegen den Untergang in Barbarei.

Prof. Dr. Wolfram Elsner

(seit 1995 Professor für Volkswirtschaftslehre, Institut für Institutionelle und Innovations-Ökonomik (iino), Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen; 1989-1995 Abteilungsleiter Planung und Leiter des ‚Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung‘ (BAW) beim Senator für Wirtschaft sowie 1992-2000 Konversionsbeauftragter beim Senator für Wirtschaft.)

Wer ist die Stiftung?

Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung

Die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung wurde im Frühjahr 1989 von Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in Bremen gegründet: von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Arbeiter- und Angestelltenkammer und Betriebsräten in Rüstungsfirmen. Die Vertreter und Vertreterinnen dieser Gruppierungen sind Mitglieder des Beirates. Der Beirat wählt den Vorstand der Stiftung. Die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung ist parteipolitisch unabhängig und gemeinnützig. Stiftungsaufgabe ist die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile, sozial- und umweltverträgliche Produktionen - Rüstungskonversion – voranzutreiben sowie eine breite öffentliche und basisorientierte Debatte zu gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien zu initiieren und weiterzuführen. Dies geschieht in Informationsveranstaltungen und Tagungen. Nachdem die Anfang der 90er Jahre gehegte Erwartung einer umfassenden Abrüstung mit der Gewinnung einer Friedensdividende auch für die Rüstungskonversion bitter enttäuscht

wurde, wird die Arbeit in der Stiftung durch die kritische Positionierung zur Militarisation der Außen- und Innenpolitik und zu Militäreinsätzen als gängige Wahl der Mittel bestimmt.

Kriege ächten und verhindern

Die Gründung der UNO erfolgte aus den Erfahrungen des 2. Weltkrieges mit dem Ziel "Nie wieder Krieg". Krieg sollte in unserer Zivilisation auf Dauer geächtet und ausgeschlossen werden. Es zeigt sich aber, dass mit dem Vergessen der eigenen europäischen Erfahrung der Widerstand gegen Krieg nachlässt und erlischt. Abrüstung und Rüstungskonversion sind abgelöst durch Aufrüstung und Rüstungsexport; die unmäßige Ver(sch)wendung von Steuergeldern für Rüstung und Militär wird als Arbeitsplatzsicherung gerechtfertigt sowie politisch als "Friedenssicherung" begründet.

Aber die Geschichte lehrt:

Rüstung ist Förderung der Kriegsfähigkeit und damit Vorbereitung zum Krieg.

Der Verteidigungsfall ist aufgrund der Einbindung in Bündnisse für Deutschland und Europa unwahrscheinlich. Angriffe sind nur denkbar als terroristi-

sche Aktionen von Gruppen aus dem In- oder Ausland; die Ursache liegt in der ungewollten oder gewollten politischen, sozialen oder kulturellen Provokation durch oder gegen diese Gruppen, ihre Vermeidung ist Sache einer Gewalt mindernden Politik, die Aufklärung und Abwehr ist Aufgabe der Polizei. - Dies bedeutet, dass die militärische Abwehr nationaler Gegner und damit eine militärische Streitmacht zur Landesverteidigung anachronistisch ist. Damit ist auch die Produktion von Rüstungsgütern obsolet. Kriege und Bürgerkriege werden heute in immer mehr Regionen der Welt geführt, Rüstungsexport ermöglicht und fördert militärische oder terroristische Aktionen in diesen Regionen und trägt damit zur Aggressionsfähigkeit und Destabilisierung bei, die in ihren Auswirkungen auch die eigene wirtschaftliche und territoriale Sicherheit bedrohen. Die Produktion und damit auch die Teilnahme an der Produktion von Rüstungsgütern bedeutet hier die Beihilfe zur Vorbereitung von Angriffskriegen und ist damit auch grundgesetzwidrig.

Unsere Zielsetzung:

Unser Ziel ist, Rüstungsproduktion und ihre lokalen, nationalen und europäischen Repräsentanten in Politik und Wirtschaft er-

kennbar zu machen und zu ächten. Der Vertrag von Lissabon ist wegen seiner Ausrichtung auf eine verstärkte europäische Militär- und Rüstungskoooperation abzulehnen.

Frieden fordern und fördern

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, Gewalt und Elend, sondern die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Ausbeutung in allen Teilen der Welt und die Schaffung und Sicherung von Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit für alle Menschen. Frieden ist das Ergebnis eines zivilisatorischen Entwicklungsprozesses in der Gesellschaft mit dem Ziel, gewaltfreie Konfliktlösungen selbstverständlich zu machen. Wir fordern von der Politik, in diesem Sinne alle Handlungen und Absprachen auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens mit friedlichen Mitteln auszurichten - Europa als Friedensmacht.

Unsere Arbeit in der Gesellschaft verstehen wir als Beitrag und Unterstützung zur Aufklärung und Motivation der Menschen, Krieg und Strukturen, die Gewalt erzeugen oder provozieren, abzulehnen, zu ächten und mit demokratischen Mitteln zu verhindern.

Aus der bisherigen Arbeit:

Die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung hat dem Stiftungszweck entsprechend seit 20 Jahren öffentliche Kongresse und Vortragsreihen zu aktuellen und grundsätzlicheren Themen geplant, organisiert und durchgeführt. Veranstaltungsort war vorwiegend die Villa Ichon.

Zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu jeweils aktuellen Themen, wie der NATO-Krieg um die Provinz Kosovo 1999, der Krieg im Irak 2002, der Nahe Osten, Iran, unter anderem mit dem Journalisten Andreas Zumach, Alt-Bürgermeister von Bremen Hans Koschnick, dem Ökonom Prof. Dr. Jörg Huffschnid und dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwege.

Zum 10-jährigen Bestehen der Stiftung im November 1999 konnte Egon Bahr mit einem Vortrag zur sicherheitspolitischen Rolle Europas gewonnen werden.

Auftrag, Wirkung und Chancen für gewaltfreie Konfliktlösungen diskutierte die Stiftung im Haus der Bremischen Bürgerschaft u.a. mit dem General a.D. Heinz Loquai und Willy Wimmer, stellvertretender Leiter der parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Im April 2001 veranstaltete die Stiftung gemeinsam mit dem Bonner International Center for Conversion (BICC) und dem ehemaligen Bremer Konversionsbeauftragten Wolfram Elsner einen internationalen Kongress "Abrüstung, Rüstungsproduktion und Konversion in den Regionen". Nach dem 11. September 2001 wandte sich die Stiftung vorwiegend Themen zur Auswirkung der US-Interventionen im Orient zu.

2005 referierte der Buchautor Markus Euskirchen anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr über deutsche Kontinuitäten bei Militärriitualen.

Den Antikriegstag 2006 thematisierte die Ausstellung "Agitprop mit Schere und Bild" mit Fotokollagen John Heartfields sowie ein Symposium: "Die Medien im Spannungsfeld zwischen Kapital, Staat und Zivilgesellschaft".

Im Juni 2006 erörterte der Friedensreferent des internationalen Versöhnungsbundes Clemens Ronnefeldt die Atomproblematik und die aktuelle Situation im Iran.

2007 feierte die Stiftung das 25-jährige Bestehen der Villa Ichon als Friedens- und Begegnungsort in Bremen.

2008 referierte der israelische Kriegsdienstverweigerer Lotahn Raz zur aktuellen Situation in Israel, Lühr Henken, Sprecher des Kasseler Friedensratschlag über den Rüstungsstandort Bremen.

Im Jahr 2009 organisierte die Stiftung in Kooperation mit anderen bremischen Vereinigungen eine Veranstaltungsreihe zum Thema "Erinnern Verhandeln - Kolonialismus im kollektiven Gedächtnis Afrikas und Europas" zu Themen wie "Der ungesühnte Völkermord - Die deutsche Politik drückt sich vor der Verantwortung für die Kolonialverbrechen im ehemaligen "Deutsch-Südwestafrika", "Atommüll in Somalia", "Armut und Verschuldungspolitik in Afrika" und "Die EU-Agrarpolitik und die Folgen für die Ernährungssituation in afrikanischen Ländern".

Diese lokale Stiftung finanziert sich durch Beiträge und Spenden und freut sich über jeden gespendeten Euro, mit dem Veranstaltungen organisiert und Projekte unterstützt werden können.

Spendenkonto: Sparkasse Bremen
BLZ: 29050101
Kontonummer: 11324340

Titelfoto:

© Bremer Touristik-Zentrale (BTZ)

Seite 5:

Stellwand vor der Evangelischen Kirchengemeinde in Bremen-Oslebshausen

Seite 11:

Aktionsfoto der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten am Antikriegstag in Bremen 2009

Seite 13:

Weser Kurier, Serie „Vor 50 Jahren“, 5.12.2008

Seite 23:

Besuch bei Atlas Elektronik: Minenvernichtungssystem „Seafox“

Seite 25:

Kampfpanzer Leopard 2 A6

Seite 27:

Transportpanzer 1 Fuchs

Seite 29:

Die „Drohnenfamilie“ dient offiziell zur Aufklärung und Kampfunterstützung.

Seite 30:

Start des ersten SAR-Lupe-Satelliten am 6. Dezember 2006

Seite 31:

Das Gesamtsystem SAR-Lupe umfasst ein radargestütztes Aufklärungssystem mit fünf Satelliten von ca. 720 Kilogramm. Das System arbeitet wetterunabhängig bei Tag und Nacht und liefert von praktisch allen Gebieten der Erde aktuelle und detaillierte Bilder.

Seite 32:

Weser Kurier, 28.4.2009

Seite 35:

Die Bremer Rüstungsbetriebe, hier Atlas Elektronik, sind häufige Adressaten von Aktionen der Friedensbewegung.

Seite 36:

Auch die Kriegsschiff-Produktion auf der Lürssen-Werft wird regelmäßig von Gruppen der Friedensbewegung aufgegriffen und kritisiert.

Seite 37:

Der Sitz der Lürssen-Werft ist in Bremen-Vegesack, das Werftgelände befindet sich in Lemwerder/Niedersachsen.

Seite 39:

Produktionsort Lemwerder der Lürssen-Werft

- Seite 40:
Aktion von Friedensgruppen vor dem Verwaltungsgebäude der Lürssen-Werft in Bremen-Vegesack
- Seite 43:
Protestaktion vor der Jahreshauptversammlung der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft
- Seite 45:
Protestaktion gegen die Verschiffung von Kriegsmaterial durch die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft
- Seite 46:
Kommt er hoch? Worin liegt der gesellschaftliche Nutzen des strategischen Transportflugzeugs A400 M?
- Seite 48:
Verladung einer A400 M-Rumpfsektion in Bremen
- Seite 49:
Weser Kurier, 23.4.2009
- Seite 51:
Der Bremer Schriftsteller Otmar Leist zeigt sehr deutlich, was er von Waffen aller Art hält.
- Seite 52:
Auf den Rüstungsstandort Bremen weist die wöchentliche Donnerstags-Mahnwache des Bremer Friedensforums auf dem Bremer Marktplatz hin.
- Seite 55:
Firmensitz OHB System-AG in der Universitätsallee 27-29 in Bremen
- Seite 56:
Auf die Situation von Flüchtlingen im eigenen Land wies dieses Schild in der Schwachhauser Heerstraße hin.
- Seite 57:
Mit einer Veranstaltungsreihe im März und April 2009 nahm sich die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. des Themas „Militarisierung und Flüchtlingsabwehr“ an.
- Seite 58:
Plakat „Bremer Firmen im Krieg gegen Flüchtlinge“, aufgenommen am 10. Mai 2009 in Bremen-Walle
- Seite 60:
Weser Kurier, 23.1.2009
- Seite 61:
Auch auf die neuen Begriffe zur Umschreibung von Kriegseinsätzen (zum Beispiel „Friedensmissionen“) weist die wöchentliche Mahnwache auf dem Marktplatz hin.
- Seite 63:
Nicht für Kriege sondern für friedliche Zwecke produzieren, bleibt ein wichtiges Ziel, unser Foto zeigt eine Aktion in Bremen-Nord, wo die „Nordbremer Bürger gegen Krieg“ jeden Freitag demonstrieren.
- Seite 65:
Auf die hohen Profite bei der Rüstungsproduktion wies auch der Ostermarsch 2009 hin.
- Seite 67:
isw-graphik, aus dem Grafik-Report Nr. 12 des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsförderung München e.V. „NATO.Rüstung.Krieg.“ von Fred Schmid und Claus Schreer (Januar 2009), S. 49
- Seite 71:
Logo der ältesten deutschen Friedensorganisation: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsdienstgegner (DFG-VK)
- Seite 73:
Weser Kurier, 28./29.3.1991
- Seite 77:
„Humanitäre Intervention“, isw-graphik, Januar 2009, S. 25
- Seite 79:
„Händler des Todes“, isw-graphik, Januar 2009, S. 40

Dank

Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Autorinnen und Autoren der Publikation: Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Lühr Henken, Wieland von Hodenberg, Joachim Fischer, Andrea Kolling, Bündnis gegen Frontex, Hartmut Drewes und Prof. Dr. Wolfram Elsner. Darüber hinaus danken wir für ihre Mitarbeit: Eva Böller, Ernst Busche, Toni Brinkmann, Klaus Busch, Hector Fischer, Barbara Heller, Nils Katz, Ekkehard Lentz, Barbara Matuschewski, Birgit Menz, Siegfried Mikoteit, Manfred Osthaus und Martin Warnecke.

Gestaltung: Wolfgang Zimmermann, Bremen

Dank für materielle Unterstützung:

Stiftung Die Schwelle

Beiträge zur Friedensarbeit, Wachmannstraße 79, 28209 Bremen,
Telefon 0421 – 30 32-577 www.dieschwelle.de

Impressum:

Herausgeberinnen und Herausgeber:

Verantwortlich: Ekkehard Lentz, Bremen

Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung
Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-326830,
E-Mail: bremische.stiftung@web.de

Bremer Friedensforum

Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-3961892,
E-Mail: info@bremerfriedensforum.de; www.bremerfriedensforum.de

Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden

c/o Ingeborg Kramer, Emmastraße 240, 28213 Bremen,
Telefon 0421-213467

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
(DFG-VK) Bremen

Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-5964961,
www.dfg-vk.de

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen, Breitenweg 25,
28195 Bremen, Telefon 0421 - 390 96 20, www.rosa-luxemburg.com